

Bezugspreis:

Bestellb. 21. - 21. monatl. 7. - 21. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags ausnahmslos.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 21. April 1920.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Komposition ...

Die drei Tendenzen in San Remo.

Ritti - Lloyd George - Millerand.

London, 20. April. (Nachung des Holländisch Neuwissbureau.) Der „Times“-Korrespondent in San Remo teilt mit, daß bei der Konferenz drei verschiedene Auffassungen vorhanden sind, über die es sich zu einigen gelte, die Auffassung Mr. ...

Rom, 20. April. (Nachung des Holländisch Neuwissbureau.) Es wird gemeldet, daß Ritti zu einer wirtschaftlichen Zusammenkunft zwischen den Alliierten zu kommen trachtet, die die Gewährung von Unterstützung an die besiegten Länder in sich schließen soll. Die italienische Delegation trachtet, die politischen und militärischen Fragen den wirtschaftlichen Problemen völlig unterzuordnen. Um zu einer Verständigung zu kommen, wird Ritti bestrebt sein, die Gründe der Versimmung zwischen den Alliierten hinwegzuräumen und eine Verständigungsformel in allen schwierigen Angelegenheiten zur Annahme zu bringen.

Wien, 20. April. Der italienische Ministerpräsident Ritti hat auf ein an ihn gerichtetes Abschiedstelegramm des Staatskanzlers Renner geantwortet, daß er Gewicht darauf lege, die Gefühle der Freundschaft, welche das italienische Volk für die so hart geprüfte österreichische Bevölkerung empfinde, ausdruck zu finden. Es sei sein Wunsch, ihn zu überzeugen, daß die italienische Regierung ihr Bestes tun werde, um es endlich dem österreichischen Volke zu ermöglichen, die gegenwärtige Krise zu überwinden.

San Remo, 20. April. Der Oberste Rat der Friedenskonferenz beschloß, die Delegation der türkischen Regierung auf den 10. Mai zur Entgegennahme des Vertragsstieges nach Paris zu betreiben.

Das Programm des neuen Außenministers.

Einem Redaktionsmitglied unseres Blattes gewährte der neue Außenminister Gen. Dr. Adolf Köster eine Unterredung über seine Ziele und sein Programm.

Auf die Frage, ob der auswärtige Kurs nicht von ganz bestimmten Voraussetzungen in der inneren Politik abhängig sei, antwortete Dr. Köster:

„In der Tat ist mehr denn je eine klare energische demokratische Politik im Innern die Vorbedingung für ein erfolgreiches Wirken nach außen. Rückwärtslose Säuberung sowohl der bewaffneten Macht, wie auch der Verwaltung, Unschädligmachung aller beamteten Personen und Kreise, die nicht willens oder fähig sind, die wilhelminischen Anschauungen abzulegen, das sind die ersten Voraussetzungen für eine fruchtbare außenpolitische Arbeit. Zugleich aber darf dieser Kurs nach links uns nicht aus den Bahnen der demokratischen Verfassung bringen, denn auch darin würde eine schwere Schädigung der außenpolitischen Interessen Deutschlands liegen. Das Ausland hat nur Vertrauen in das Deutschland der Koalition. Ebenso wenig wie die Entente eine Kapp-Regierung gebildet hätte, ebenso wenig würde sie eine Diktatur des Proletariats bei uns gestatten. Letzteres hat sie uns bereits in den ersten Wochen nach der Revolution zu verstehen gegeben, als wir die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufnehmen wollten, und in dieser Hinsicht hat sich ihre Politik bis heute nicht geändert. Selbst wenn also einige unserer Freunde die Idee einer reinsozialistischen Regierung, die sich auf keine parlamentarische Mehrheit stützen könnte, mit ihren Grundgedanken zu vereinbaren vermöchten, auch dann müßten wir diesen Gedanken aus außenpolitischen Gründen von uns weisen: denn wir brauchen mehr denn je, zumal um den Frieden von Versailles zu erfüllen, Kredite, die einem Deutschland der Diktatur des Proletariats entweder überhaupt nicht oder bei weitem nicht in dem Maße gewährt würden, wie einem Deutschland der demokratischen Koalitionspolitik.“

Im übrigen sind alle Fragen der auswärtigen Politik mit unseren innerpolitischen Verhältnissen eng verknüpft. Eine der nächsten Aufgaben meines Amtes wird sein, durch Verhandlungen die Räumungen der Raingau-städte sobald wie möglich herbeizuführen. Dieses Ziel wird aber nur zu erreichen sein, wenn auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken alles vermieden wird, was geeignet ist, den Scharfmachern links des Rheins neue Argumente und Vorwände in die Hände zu spielen. Ein neuer Putschversuch von rechts wäre womöglich ein noch größeres Verbrechen an unserem Vaterlande als der vom 13. März, denn er würde den vollständigen Zerfall unserer Reichseinheit diesmal zur unrettbaren Folge haben. Ich verweise hierzu noch auf die gestern durch die hiesigen Vertretungen der Alliierten überreichte Kollektivnote. Was die anderen Extreme anbelangt, so wäre es notwendig, daß sie nicht alle Erzesse, die auf kommunistischer Seite oder vielmehr unter kommunistischem Deckmantel geschehen, blindlings decken und die zum Eingreifen gezwungene Reichsregierung militärischer Maßnahmen und arbeiterfeindlichen Reaktionen bei der Entente denuntzieren. Die letzte Rede Millerands in der Deputiertenkammer ist in dieser Beziehung sehr lehrreich. Die ganze Argumentation des französischen Ministerpräsidenten war nur stichhaltig, wenn er beweisen konnte, daß unser Einmarsch ins Ruhrgebiet wirklich „überflüssig und gefährlich“ gewesen sei. Und um dies zu beweisen, konnte er sich nur auf die Angaben stützen, die Braß und seine Freunde in Koblenz vor der Rheinlandkommission gemacht hatten. In dem Bericht der Rheinlandkommission heißt es sogar, daß die von Braß geführten Delegierten erklärt hätten, die Besetzung Frankfurts und Darmstadts durch die französischen Truppen habe in den Arbeiterkreisen, namentlich in Hagen und Düsseldorf, ein Gefühl der Erleichterung hervorgerufen. Unter diesen Umständen wird es einem in der Tat sehr schwer gemacht, für Deutschlands klares Recht einzutreten und Schutz vor fremder Vergewaltigung zu erlangen, wenn eigene Volksgenossen, vielleicht ohne sich die Tragweite ihres Schrittes und ihrer Worte vorher genau überlegt zu haben, uns den Marschall Hoch auf den Hals hetzen. Es muß von jedem Bürger der deutschen Republik verlangt werden, daß unabhängig von seinen innerpolitischen Anschauungen er sich der uns alle gemeinsam drohenden Gefahren und der uns allen gemeinsam auferlegten Verpflichtungen bewußt bleibt. Frei von jedem Chauvinismus, frei von jeder „Burgfriedlichen“ Ideologie müssen wir alle Volkskräfte, die willigen und die bisher widerstrebenden, zusammenfassen. Das ist sowohl für den eigenen wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufbau, als auch für die Erfüllung des Friedensvertrages notwendig.“

Wahlen in der Tschechoslowakei.

Die Sozialdemokratie weit voran!

Prag, 20. April. (B. L. B.) Nach dem sozialdemokratischen „Pravo Lidu“ („Volkrecht“) wird sich die Abgeordneten-kammer wie folgt zusammensetzen: Tschechische Sozialdemokraten 77, deutsche Sozialdemokraten 32, magyarische Sozialdemokraten 10, tschechische Nationalsozialisten 22, zusammen 141 sozialistische Mandate. Auf die bürgerlichen Parteien werden entfallen: Agrarier und Partei Schrobard in der Slowakei 41, Nationaldemokraten 17, Kerisfals 35, Gewerkepartei 4, die deutschen Parteien 40, zusammen 137 bürgerliche Mandate.

Die Stimmen der deutschen Wähler in Böhmen, Mähren und Schlesien stellten sich wie folgt (in Tausenden angegeben): Sozialdemokraten 687, Wahlgemeinschaft 329, Bund der Landwirte 239, Christlich-sozialer Partei 213, Deutsch-demokratische Freiheitspartei 105. Auf die tschechischen Parteien entfallen: Tschechische Sozialdemokraten 1068, Agrarier 601, Nationalsozialisten 472, Volkspartei (Kerisfal) 463, Nationaldemokraten 389, Gewerbetreibende 122, Nebrackische (nationalistische Sozialdemokraten) 58, Juden 34.

Ultimatum an die Entente.

Zu Oberschlesien.

Breslau, 20. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). In Dypeln fand heute eine Versammlung der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften, der Justiz-, Eisenbahn- und Postbeamten statt, in welcher über die Forderungen an die Entente verhandelt wurde. Es wurde ein Ausschuss von 50 Mann gewählt, welcher die Beratungen in Randzin weiterführen soll. Die Justizbeamten gehen getrennt vor, sie werden ihre Forderungen wohl am Donnerstag, der Ausschuss in Randzin erst am Sonnabend der Entente überreichen. Dieser soll zur Beantwortung eine Frist von acht Tagen gestellt werden. Verstreicht diese Zeit fruchtlos, so wird ein Ultimatum gestellt, das binnen 24 Stunden beantwortet sein muß. Bei Ablehnung dieses Ultimatus tritt sofort der Generalstreik ein, dem sich auch alle lebenswichtigen Betriebe anschließen werden. Die Forderungen sind: 1. Bewilligung von Urlaub, 2. Recht der freien Ein- und Ausreise für die Beamten, 3. Wegfall der Päß- und Legitimationspflicht, 4. Aufhebung der Versammlungsverbote, 5. vollständige Pressefreiheit. Die höheren Beamten haben sich mit Ausnahme der höheren Regierungsbeamten diesen Forderungen angeschlossen.

Russisch-lettische Friedensverhandlungen.

Zoffe als Führer der Sowjetdelegierten.

Kopenhagen, 20. April. „Berlingske Tidende“ meldet aus Reval: Die lettische und russische Friedensabordnung hielt die erste Sitzung am 18. April unter dem Vorsitz Zoffes ab. Die lettischen Friedensbedingungen erklärte Zoffe in den Hauptzügen für annehmbar. Die Sowjetregierung müsse die Forderungen auf Ersatz der Kriegsschäden ablehnen, da dies eine Kriegsschädigung in anderer Form sei. Ebenso könne sie keine besonderen Zugeständnisse machen für die Verwundung der lettischen Häfen, da diese auf Kosten des ganzen russischen Reiches angelegt worden seien.

Oberst Ledebours Geist regiert.

Hamburg, 20. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Drei Soldaten vom Reichsheerregiment 18 ist gekündigt worden. Man hatte sie im Verdacht, die Gewehrdmänner für die Entstellungen des „Hamburger Echo“ über die Putschoffiziere zu sein. Dies bestritten sie, erklärten aber, daß das „Echo“ die Wahrheit gesagt habe.

Der Regimentskommandeur ist der Weineidobersch Ledebour. Er ist zwar augenblicklich beurlaubt, aber sonst ist bisher ihm, wie ja den allermeisten Putschisten, nichts geschehen. Dagegen hat man das Regiment nach dem Osten verschickt.

Das Defizit des Reiches.

Monopole. - Eine neue Sparprämienanleihe.

Im Hauptauschuß der Nationalversammlung gab der Reichsfinanzminister bedeutende Erklärungen über den neuen Haushaltsplan für 1920. Es sei ein reiner Ubergangsetat, dessen zahlenmäßige Veranschlagungen nur einen bedingten Wert hätten. Der neue Etat weist im ordentlichen und außerordentlichen Etat eine

Gesamtausgabe von rund 40 Milliarden Mark

auf, wozu noch ein Fehlbetrag von 12,9 Milliarden aus Reichspost und Eisenbahnen hinzutritt. Im ordentlichen Haushalt stehen den laufenden Einnahmen von 25 Milliarden Mark fortbauende und einmalige Ausgaben von 27,95 Milliarden Mark gegenüber, so daß ein Defizit von 2,95 Milliarden Mark verbleibt. Die Ausgaben seien in fortbauende von 23,8 Milliarden und einmalige ordentliche Ausgaben von 4,1 Milliarden Mark geschieden. Die Verzinsung der Reichsschuld betrage 12,4 Milliarden, die Pensionen 8,2 Milliarden Mark. Für Heer und Marine sind 1,9 Milliarden Mark eingestellt und die allgemeinen Verwaltungsausgaben mit 6,3 Milliarden veranschlagt. Zur Verbilligung von Lebensmitteln seien 3 Milliarden eingestellt. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts beläufigen sich auf 11,6 Milliarden. Dazu sind aus dem Rechnungsjahr 1919 noch etwa 10 Milliarden Mark verfügbar. An diesen Ausgaben nehme vor allem die allgemeine Finanzverwaltung teil, die zur Ausführung des Friedensvertrages 5 Milliarden beanspruche. Dieser Kosten bleibe für die Finanzverwaltung des Reiches noch für lange Zeit eine ernste Sorge. Die Frage, ob ich in der Lage sei, für den finanziellen Teil des Vereinfachungsvertrages der Eisenbahnen die Verantwortung zu übernehmen, ist nur im Zusammenhang mit dem allgemeinen Haushalt zu beantworten. Dieser zeigt deutlich, daß eine Übernahme solcher Defizite auf die Reichskasse und damit auf die Steuerträger unmöglich ist. Ich stehe auf dem Boden, daß die Genehmigung für Lohnrückstellungen der Eisenbahner und jetzt der Beamten nicht ohne Zustimmung der Nationalversammlung erfolgen kann. Die immer aufwärts drängenden Forderungen führen zur Rotenpresse, wenn nicht neue Einnahmen geschaffen werden. Heute treten die großen finanzpolitischen Überlegungen in den Vordergrund, die zu

Monopolen

führen. Darüber hinaus werden in der nächsten Zukunft neue Formen der Besteuerung zu finden sein, nicht so sehr im Steuersystem, als in der Verbindung des Steuersystems mit der Wirtschaft. Neue organisatorische Zusammenfassungen, die große Produktionszweige der Wirtschaft zu umfassen haben, werden mit der Steuer in Verbindung zu bringen sein. Die äußere Form bleibt noch den Überlegungen überlassen, wobei die Frage, ob privatwirtschaftlich oder sozialistisch, von den politischen Machtverhältnissen abhängt. (Wir hoffen, daß das für unsere Genossen in der Regierung keine Frage der Zweckmäßigkeit sein wird. D. Red.) Ein gefestigter Etat dürfte die erste Grundlage für eine Genesung des öffentlichen Credits bedeuten. Die Finanzverwaltung wird in absehbarer Zeit an eine Teilkonsolidierung der stehenden Schuld herantreten. Sie glaubt als das nächste Mittel hierfür wieder die

Sparprämienanleihe

ansprechen zu können. Mit der Konsolidierung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dürfte auch Deutschlands Kredit im Ausland steigen. Ich würde es besonders begrüßen, wenn die mit Holland schwebenden Verhandlungen zu einem guten Abschluß gelangen würden.

Verkehrsminister Dr. Veil bemerkte, der Kapp-Putsch habe den Eisenbahnetat zum großen Teil über den Haufen geworfen. In der Aussprache betonte Abg. Horn (Soc.), daß die Nationalversammlung nicht auseinandergehen dürfe, ohne Beding für die Rehaugaben geschaffen zu haben. Die großen Vermögen müßten noch schärfer herangezogen werden. Abg. Dr. Bachnick (Dem.) meinte, die sofortige Zahlung des Reichsdotopfers sei nicht ratsam. Wir seien bereits an der Grenze der Tragfähigkeit angelangt. Helfen könne nur eine erhöhte Arbeitsleistung und die Gewährung langfristiger Kredite durch das Ausland. Postminister Wiesner teilte mit, daß durch die zu erwartenden weiteren Lohn- und Gehaltsaufwendungen sich der Fehlbetrag der Postverwaltung auf 1,4 Milliarden Mark erhöhen dürfte.

Groß-Berlin

Ein besonderer Versammlungshaus.

Bevorstehende Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Der Polizeipräsident, Genosse Richter, wird an die Leitungen aller Parteien folgendes Schreiben richten:

Ich beabsichtige für die bevorstehende Wahlperiode besondere Einrichtungen zu treffen, die die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit sicherstellen. Verschiedene Ereignisse in den letzten Monaten haben gezeigt, daß Versammlungen aller Parteienrichtungen von radikalistischen Elementen gestört und gesprengt worden sind. Diese Vorkommnisse haben in der Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregt. Die in der Wahlbewegung naturgemäß gesteigerte Anteilnahme aller Bevölkerungsteile am Versammlungsleben, ferner die bevorstehende Aufhebung des Ausnahmezustandes, nach der auch vielfach mit Versammlungen unter freiem Himmel zu rechnen ist, läßt einen besonderen Versammlungshaus als wünschenswert erscheinen. Bevor ich dahingehende Maßnahmen treffe, lade ich Vertreter aller Parteienrichtungen zu einer Aussprache ein, die den Zweck haben soll, die Wünsche der Parteien in dieser Richtung zweckmäßig zum Ausdruck zu bringen und die Einrichtung praktischer Maßnahmen zu ermöglichen.

Sozialistische Bildungsarbeit.

In der am Sonntag im Jugendheim, Lindenstr. 3, unter der Leitung des Gen. Weimann togenen Konferenz der Bildungsausschüsse der S. P. D. Groß-Berlins gab Genosse Horlich eine Uebersicht über die Arbeit des Bezirksbildungsausschusses Groß-Berlin im verfloffenen Halbjahr und eröffnete einen Ausblick in die Zukunft. Durch intensive Arbeit mußte auf dem Trümmerfeld, das durch den Krieg und die Spaltung der Arbeiterschaft verursacht war, Neues aufgebaut werden. Im Ganzen für die Bildungsarbeit zu leisten, ist es nötig, alle Schichten der Partei dafür zu interessieren. Leider macht sich hier eine Lücke bemerkbar, da die Kreise der intellektuellen teilweise noch nicht richtig auf die Bildungsaufgaben eingestellt sind. Darum muß es unsere Pflicht sein, die große Zahl der neuen Mitglieder in Arbeitsgemeinschaften für diese Aufgaben vorzubereiten. Bei der künstlerischen Betätigung läßt sich der B. V. A. von dem Gesichtspunkte leiten, nur das wahrhaft Gute und Schöne zu bieten, das alles Schlechte beseitigt. Die wissenschaftlichen Veranstaltungen dagegen sollen der Arbeiterschaft die großen Zusammenhänge des wirtschaftlichen und politischen Lebens klar machen. In diesem Sinne hat die „Sozialistische Bildungsschule“ gute Arbeit geleistet und eine große Reihe von Kursen, zumeist mit aktuellem Thema, veranstaltet.

Wenn auch zweifellos ein großer Bildungshunger innerhalb der Arbeiterschaft vorhanden ist, so muß sich der B. V. A. auf Grund der gemachten Erfahrungen in Zukunft hüten, zuviel solcher Kurse ins Leben zu rufen, zumal jetzt mit einer Hochflut von Gründungen auf wissenschaftlichem Gebiete zu rechnen ist. Zu erwägen ist für die Zukunft, ob nicht unter den Teilnehmern an den Kursen eine Differenzierung nach Altersstufen und nach der Vorbildung vorgenommen wird. So sollen für die Jungsozialistische Vereinigung und auch für die Vereinigung für Gymnasialisten besondere Kurse eingerichtet werden.

Kedner geht dann auf die künstlerischen Veranstaltungen des verfloffenen Halbjahres ein, besonders auf die mit großem Beifall aufgenommenen Pflanzfeste, Märchenmittage und Theateraufführungen. Für das kommende Winterhalbjahr sind wieder 3 große Konzerte geplant, ferner eine Engels- und Dehmel-Feier und sonstige wertvolle Veranstaltungen.

Sodann geht der Redner auf die grundsätzliche Stellung des B. V. A. zum Lichtspiel ein. Dem Kinobesuch kann nur abgeholfen werden durch die Sozialisierung der Kinosfilmbühnen. Zum Schluß fordert er auf, bei allen Bildungseinrichtungen in den einzelnen Orten sich vom Sekretariat des B. V. A., Lindenstr. 3, beraten zu lassen. Nur durch innige Zusammenarbeit wird etwas Gutes und Ganzes entstehen und daraus den Teilnehmern Mut und Kraft zum Kampf erwachsen.

Genosse Weimann gibt einen Bericht über die Volkshochschule und über die Tätigkeit des B. V. A. darin. Wenn sich auch noch einige Mängel im Aufbau, Lehrplan usw. vorfinden, so muß man doch sagen, daß die Leistungen der Volkshochschule die volle Anerkennung des B. V. A. finden. In der Leitung dieses neuen Unternehmens hat man volles Verständnis für die Anregungen und Wünsche der Arbeiterschaft. Die einzelnen kleineren

Volkshochschulen, die heute noch über Groß-Berlin verstreut sind, müssen nach und nach in der einen Volkshochschule konzentriert werden. Hier müssen die örtlichen Bildungsausschüsse ihren Einfluß geltend machen. Dann berichtet der Redner über den Groß-Berliner Ausschuh für volkstümliche Kunstpflege, dem Vertreter der S. P. D. und U. S. P. D. Bildungsausschüsse, Vertreter der Freien Volkshäuser und der Gewerkschaften angehören. Der Ausschuh hat den Zweck, die gemeinsamen kulturellen Interessen der gesamten Arbeiterschaft Groß-Berlins gegenüber den Kunstunternehmern, Theater- und Soubretten usw. zu vertreten und hat nach dieser Richtung hin schon wertvolle Arbeit geleistet. Besonders bemüht er sich, die Theaterfrage in einem die Arbeiterschaft befriedigenden Sinne zu lösen. So ist das Prolletische Unternehmen durch Vertrag mit dem Staat bereits der Volkshöhne verpackt und wird Anfang 1920 unter Mitwirkung der künstlerischen Kräfte beider Staatstheater mit seinen Vorstellungen beginnen. Weiter besteht der Plan, eine Volksope mit etwa 3000-4000 Plätzen einzurichten. Diese Bestrebungen finden unsere volle Unterstützung. Darüber hinaus erstreben wir die Zusammen-

Sozialdemokratischer Verein Berlin.

Sente 6 Uhr für alle zur S. P. D. gehörenden Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Angestellten- und Beamtenvertreter: Allgemeine Funktionärkonferenz im Deutschen Hof, Ludauer Straße 15. Tagesordnung: Unsere nächsten politischen Aufgaben und die Einigung der Arbeiterschaft. Referent: Genosse Dr. Koeltz. Mitgliedsbuch und Ausweiskarte vorzeigen.

Die Ordentliche Generalversammlung findet am Sonntag, den 16. Mai, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engländer 15, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht. 2. Renwahl des Vorstandes. 3. Stellungnahme zur Reichstagswahl (Aufstellung der Kandidaten). 4. Anträge.

fassung aller ernsthaften Bildungsbestrebungen durch ein kommunales Volksbildungsamt Groß-Berlin, das wertvolle Kulturarbeit leisten und Hand in Hand mit den bestehenden Organisationen arbeiten möchte.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Referate. Die Tätigkeit des B. V. A. wurde allgemein anerkannt und auch die Richtlinien für die kommende Bildungsarbeit wurden gutgeheißen. Zum Schluß wurde folgende Entschließung angenommen:

„Zur Förderung unserer Bildungsarbeit und Erfüllung unserer künstlerischen Aufgaben haben sich im Laufe unserer jahrelangen Tätigkeit feste, allgemein gültige Grundsätze entwickelt, welche innerhalb der gesamten Partei Anerkennung gefunden haben. Durch die neuesten historischen Ereignisse hat sich die Zusammenfassung der Partei wesentlich verändert. Große Kreise der Intellektuellen sind der Partei losgerissen, die sie früher am Eintritt in unsere Reihen hinderten. Diese Schichten, als Träger wertvoller geistiger Kräfte, der Partei dienlich zu machen, indem wir ihnen die Grundsätze und Richtlinien unserer Bildungsarbeit vermitteln und den Weg ebnen zum Verständnis der Pläne des Arbeiters, betrachtet die Konferenz als eine dringende organisatorische Aufgabe des Bezirksbildungsausschusses. Das soll durch besondere Zusammenkünfte in regelmäßigen Zwischenräumen erreicht werden. Weiter erkennt die Konferenz an, daß aus den gleichen Gründen von Zeit zu Zeit in bestimmten Bezirken kleinere Besprechungen mit den örtlichen Bildungsausschüssen stattfinden sollen, um die Beziehungen dieser Ausschüsse zur Zentrale möglichst innig zu gestalten. Die Konferenz erwartet weiter, daß alle Genossinnen und Genossen, die in den Bildungsausschüssen tätig sind, ihre ganze Kraft zur Verwirklichung der großen Aufgaben freudig zur Verfügung stellen.“

Der Bericht des Groß-Berliner Ausschusses.

Der 17. (Groß-Berliner) Ausschuh der Landesversammlung hat den gedruckten Bericht über seine Verhandlungen der Landesversammlung überreicht. Dem Bericht sind eine schematische Uebersicht über die Verfassung und Verwaltung der Städte London, Paris, Wien und New York, eine Uebersicht über die finanziellen Verhältnisse der Groß-Berliner Gemeinden und sonstige

Unterlagen sowie eine Zusammenstellung des Gesekentwurfs mit den Beschlüssen des Ausschusses in zweiter Lesung beigefügt.

Die Beschlüsse des 17. Ausschusses in erster Lesung haben wir bereits mitgeteilt. Aus dem ausführlichen Bericht über die zweite Lesung ist hervorzuheben, daß im Anschuh an die Beschlüsse des Brandenburgischen Provinziallandtages von verschiedenen Seiten auf die Wünsche und Lebensbedürfnisse der Provinz nachdrücklich hingewiesen wurde; man befürwortete die Bildung einer Oberproving Berlin-Brandenburg oder die Zusammenziehung Berlins und der Provinz zu einem Zweckverband für bestimmte Aufgaben. Von sozialdemokratischen und demokratischen Vertretern wurden hiergegen Bedenken geltend gemacht; auch Unterstaatssekretär Dr. Freund wandte sich dagegen. Schließlich wurde folgender Antrag als neuer § 4 einstimmig angenommen:

„Bei der Auseinanderziehung (zwischen Berlin und der Provinz) kann durch Vereinbarung zwischen der neuen Stadtgemeinde Berlin und dem Provinzialverbande der Provinz Brandenburg, insbesondere zur Vermeidung einer Auseinanderziehung in Ansehung bestimmter Gegenstände, die Uebertragung einzelner kommunaler Aufgaben an eine von beiden Kommunalverbänden zu bildende Körperschaft öffentlichen Rechts (Zweckverband Berlin-Brandenburg) stattfinden. Die Rechtsverhältnisse dieses Zweckverbandes, insbesondere der von ihm zu erfüllenden kommunalen Aufgaben, sind durch eine Satzung zu regeln, die der Vereinbarung der Beteiligten unterliegt. Die Festsetzung der Satzung des Zweckverbandes bedarf der Bestätigung durch das Schiedsgericht. Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Verbandangelegenheiten wird in erster Instanz von dem Oberpräsidenten, in höherer Instanz von dem Minister des Innern im Benehmen mit den sonst zuständigen Ministern ausgeübt. Die Beamten des Zweckverbandes haben die Rechte und Pflichten von Provinzialbeamten. Im übrigen bleibt die Regelung der in diesem Paragraphen behandelten Angelegenheiten einem besonderen Gesetz vorbehalten.“

Nach dem Vorschlag des Unterstaatssekretärs setzte der Ausschuh als Ueberschrift des Gesetzes fest: Gesekentwurf über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin.

Der Ausschuh beantragt: Die Verfassunggebende Preussische Landesversammlung möge beschließen: 1. Den Entwurf eines Gesetzes über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin nach den Beschlüssen des Ausschusses in zweiter Lesung anzunehmen; 2. die zu der Vorlage eingegangenen Eingaben als erledigt zu erklären. Berichterstatter des Ausschusses ist Genosse Bruns. Voraussichtlich wird die dritte Lesung des Gesekentwurfs schon auf die Tagesordnung der Sitzung am Freitag dieser Woche gesetzt werden.

Vom Amtschimmel.

Aus Kreisen der Kriegsbeschädigten geht uns folgender Ratsschrei zu:

Trotzdem durch Verfügungen und Bezordnungen von Reich wegen immer und immer wieder auf schnellste Gliedigung von Rentenansprüchen und Hinterbliebenenbezügen usw. aufmerksam gemacht wird, vergeht oft Jahr und Tag, bis eine einzige Sache erledigt ist. Es ist keine Seltenheit, daß Kriegsbeschädigte seit ihrer Entlassung aus dem Jahre 1918 noch keinen Bescheid über ihre Versorgung haben. Wohl hat man ihnen Rentenbescheide bewilligt, diese haben, da die Erwerbseinkünfte noch nicht anerkannt ist, nur eine begrenzte Höhe. Ein Heilverfahren zur Befundung kann nicht eingeleitet werden, da die Unterlagen teilweise verlorengegangen sind und neue nicht beschafft werden können, weil die Zeugen nicht mehr vorhanden oder in alle Winde verblasen sind. Viel trauriger liegen die Sachen bei den Kriegserwittem, Kriegseltern und bei denen, wo der Name vermisst ist. Hier sind uns Fälle bekannt, die jeder Beschwehler spotten. Das durch den Bureaukratismus für Glend herausgeschworen wird, ist kaum zu beschreiben. Bei denen, wo das Rentenverfahren erledigt ist, hat es mit den Sonderunterstützungen keinen Bezug, während man die anderen, wo das Verfahren schwebt, damit bestraft, daß man ihnen die Unterstützung, die ihnen von seiten der Kommune gewährt und vom Reich teilweise ausüßert, nicht zuzuschlagen, und die davon Betroffenen der Verzweiflung in die Arme treibt. Weht man der Sache genauer nach, findet man, daß an verschiedenen Stellen noch reaktionäre Herren sitzen, die eben kein Verständnis für soziale Fragen haben und einfach antworten: „Das geht mich nichts an.“ Es ist an der Zeit, daß diesen Herren mehr Verantwortlichkeitsgefühl eingeimpft und der Bureaukratismus etwas mehr in Trab gesetzt wird.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Dann sprach er von Hafs Hofangelegenheit und sagte: „Ich habe die Sache gleich weiterbefördert und sie warm empfohlen. Sellanraa ist ein hübscher Name. Eigentlich hätte ich das Land umflogen haben sollen, aber wenn ich das geschrieben hätte, wäre der Staat unerschämmt geworden und hätte keinen eigenen Preis angelegt. Ich habe fünfzig Taler geschrieben.“ — „Ach so, habt Ihr also nicht hundert Taler geschrieben?“ — Der Schultheiß ritzelte die Stirne und überlegte, dann sagte er: „Soviel ich mich entsinnere, hab ich fünfzig Taler geschrieben.“

„Wohin reist Ihr jetzt?“ fragte Hafs. — „Nach Westerkotten, zur Familie meiner Frau.“ — „In dieser Jahreszeit? Das ist ein böser Weg, um da hinüberzukommen.“ — „O es wird schon geben. Kannst du mich nicht ein Stück weit begleiten?“ — „Doch. Ihr dürft nicht allein gehen.“

Sie erreichten die Ansiedlung, und der Schultheiß überredete in der Kammer. Am Morgen nahm er wieder einen Schlud aus seiner Flasche und sagte: „Ich ruiniere mir gewiß den Magen auf dieser Reise.“ Sonst war er ganz wie bei seinem letzten Besuch, wohlwollend, entschieden, aber etwas aufgeregt und mit seinem eigenen Schicksal beschäftigt; vielleicht war das aber gar nicht so tröstlich. Als Hafs sagte, nicht die ganze Halde sei angebaut, sondern nur ein kleines Stück davon, nur ein paar Felder, gab der Schultheiß die überraschende Antwort: „Das hab ich wohl verstanden, als ich damals hier sah und schrieb. Aber mein Fuhrmann Brede verstand nichts davon, er ist ein Esel. Das Ministerium hat eine Art Tabelle. Wenn man auf so einer großen Landstrecke so wenig Geulosten und so wenig Kartoffeltonnen geerntet werden, dann sagt die Tabelle des Ministeriums, das sei elender Boden, billiger Boden. Ich bin auf deiner Seite gewesen, und ich verstände geru meine Seligkeit auf dieses Schelmenstück. Na, zwei- bis dreitausend solcher Männer, wie du einer bist, sollten wir hier im Lande haben.“ Der Schultheiß nickte und wendete sich dann an Hafs: „Wie alt ist der Kleinste?“ — „Neht ist er dreiviertel Jahr alt.“ — „Und ist es ein Junge?“ — „Ja.“

„Aber du mußt dich ins Zeug legen und deine Hofangelegenheit so rasch wie möglich in Ordnung bringen.“ sagte

der Schultheiß zu Hafs. „Es ist noch ein Mann da, der ungefähr auf halbem Wege zwischen hier und dem Dorf laufen will, und dann steigt der Boden im Wert. Kauf du nur zuerst, dann mag der Preis nachher steigen. Du aber hast dann doch etwas von all deiner Arbeit. Du hast den Anfang gemacht hier im Dedland.“

Die Leute waren ihm dankbar für seinen Rat und fragten ihn, ob er denn nicht selbst die Angelegenheit zum Abschluß bringen werde. Er antwortete, er habe nun das Seinige dabei getan, es komme jetzt nur noch auf den Staat an. „Ich reise jetzt nach Westerkotten und lehre nicht mehr hierher zurück.“ sagte er geradeheraus.

Er gab Hafs eine Karte, aber das war wirklich zu viel. „Bergiß nicht, meiner Familie im Dorf etwas zum Schlachten mitzubringen, ein Kalb oder ein Schaf, meine Frau bezahlt dir's. Nimm auch ab und zu ein paar Ziegenkäse mit, meine Kinder essen ihn so gern.“ sagte er.

Hafs begleitete ihn übers Gebirge; auf dem Komn lag fester, hartgefrorener Schnee, man konnte also gut marschieren. Beim Abschied bekam Hafs einen ganzen Taler von ihm.

So zog denn Schultheiß Geißler fort und kehrte nicht mehr ins Dorf zurück. Die Leute sagten, es sei ihnen einerlei; man hielt ihn für einen unzuverlässigen Menschen und einen Abenteuerer. Nicht, daß er nicht genug gewußt hätte, er war ein wohlunterrichteter Mann, der viel gelernt hatte, aber er tat sich zuniel darauf zugut und verbrauchte anderer Leute Geld. Es wurde rüchbar, daß er auf ein scharfes Schreiben vom Landrat Pleyrn hin durchgebrannt war; aber seiner Familie geschah nichts Böses, sie bestand aus der Frau und drei Kindern, und die blieben noch längere Zeit im Dorfe wohnen. Uebrigens dauerte es nicht lange, bis die fehlenden Gelder von Schweden aus geschickt wurden, die Schultheißensfamilie war dann nicht mehr als Pfand da, sondern blieb aus freiem Willen, weil sie es selbst wollte.

Für Hafs und Hafs war dieser Geißler kein schlechter Mensch gewesen, im Gegenteil. Gott mochte wissen, wie sich nun der neue Schultheiß zu der Sache stellen würde, ob am Ende das ganze Geschäft mit der Ansiedlung noch einmal gemacht werden müßte!

Der Landrat schickte einen von seinen Schreibern nach dem Dorfe, das war der neue Schultheiß. Er war ein Mann in den Vierzigern, der Sohn eines Vogts und hieß Hegerdahl; er war zu arm gewesen, um studieren und Beamter

zu werden, aber er hatte auf einer Berichtsstube gelernt und war da schon seit fünfzehn Jahren Schreiber gewesen. Da er niemals Geld genug zum Heiraten gehabt hatte, war er Junggeselle; der Landrat Pleyrn hatte ihn von seinem Vorgänger geerbt und gab ihm daselbe armlige Gehalt, das er vorher bezogen hatte. Hegerdahl empfing sein Gehalt und schrieb weiter. Er wurde ein misshütiger, vertrockneter, aber zuverlässiger und rechtshafter Mann, wor dabei auch, soweit seine Begabung reichte, sehr tüchtig zu den Arbeiten, die er einmal gelernt hatte. Jetzt, wo er Schultheiß geworden war, stieg sein Selbstgefühl bedeutend.

Hafs sagte sich ein Herz und ging zu ihm. „Die Sache Sellanraa — ja, da ist sie, vom Ministerium zurückgekommen. Die Herren wollen über vieles noch Aufklärung haben, das Ganze ist ja von der Hand dieses Geißlers der reine Durcheinander.“ sagte der Schultheiß. „Das königliche Ministerium will wissen, ob da vielleicht große herrliche Miltbeerenmoore auf dem Plage sind. Ob es Hochwald ist. Ob sich möglicherweise Erze und verschiedene andere Metalle in den Bergen ringsum finden. Es sei ein großes Gebirgswasser genannt, ob es Fische da gebe. Dieser Geißler hat allerdings einige Aufklärungen gegeben, aber es ist ja kein Verlaß auf ihn, ich muß hier alles von ihm genau durchgehen. Ich werde also sobald wie möglich auf deine Ansiedlung nach Sellanraa hinaufkommen und alles untersuchen und es einschätzen. Wieviele Meilen ist es hinauf? Das königliche Ministerium will, daß die Grenzen ordentlich abgegrenzt werden.“ — „Es wird sehr schwierig sein, die Grenzschiede vor dem Sommer abzuschreiten.“ sagte Hafs. — „Ach, es wird sich schon machen lassen. Wir können das Ministerium nicht bis zum Sommer auf Antwort warten lassen.“ berietete Hegerdahl. „Ich komme in den nächsten Tagen hinaus. Bei derselben Gelegenheit soll vom Staat aus auch noch an einen anderen Mann Siedlungsland verkauft werden.“ — „Ist das der Mann, der auf halbem Wege vom Dorf bis zu mir herauf Land kaufen will?“ — „Doch weiß ich nicht, aber vielleicht ist er es. Ein Mann von hier übrigens, mein Taxator, mein Amtsdienner. Er hat schon bei Geißler wegen des Kaufs angefragt, aber Geißler hatte ihn abgewiesen und gesagt, er könne ja nicht einmal zweihundert Ellen umgraben. Da hat der Mann an das Landgericht selbst geschrieben, und jetzt ist nur die Sache zur Vergutachtung übergeben!“

(Fortl. folgt.)

Mehr denn je brauchen wir jetzt das Vertrauen des Auslandes, dieses ist die Vorbedingung für eine Revision des Friedensvertrages. Das Vertrauen, welches angesichts mancher unerfreulichen Vorgänge in Deutschland in den letzten Monaten nicht immer unbegründet war, ist die Hauptursache der fortwährenden Verzögerungen, die den Tag der Revision immer weiter verschieben. Namentlich in Frankreich ist das Vertrauen Deutschland gegenüber so grenzenlos, daß allein das Wort „Revision“ als ein Zeichen des schlechten Willens und der Hintergedanken bei der Erfüllung des Vertrages von Versailles gedeutet wird. Auch hierin dürfen wir nichts unterlassen, was zur Beseitigung oder wenigstens zur Vinderung dieses Misstrauens beitragen könnte. Und deshalb erkläre ich: Ich erblicke in dem Friedensvertrag von Versailles eine Tatsache, die wir durch unsere Unterschrift feierlich anerkannt haben. Diese Tatsache müssen wir auch offen und mutig anerkennen und jederzeit der Versuchung widerstehen, im Hinblick auf gewisse darin enthaltene glatte Unmöglichkeiten eine Deflationspolitik zu verfolgen, die ihren Zweck gänzlich verfehlt. Wir müssen uns innerlich fest entschließen, den Vertrag, so wie er ist, zu erfüllen, und, da wo sich diesem unserem Willen unüberwindbare Widerstände entgegenstellen, müssen wir trachten, unter Vermeidung aller häufiger Protestnoten durch offene Ansprache einen Ausweg zu finden oder manchmal auch eine Vinderung herbeizuführen. Nur so kommen wir zum großen Ziel, das uns im Interesse nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt vorfährt, zu einer weitherzigen Revision des Versailleser Vertrages.

Unser Mitarbeiter machte hier den Reichsminister Dr. Köster darauf aufmerksam, daß am vorigen Mittwoch im Laufe einer sehr offenen Aussprache zwischen dem französischen Sozialistenführer Renaudel und dem Gen. Scheidemann letzterer unter lebhafter Zustimmung Renaudels ähnliche Gedankengänge entwickelt hatte, die in der Formel gipfelten: „Revision durch Erfüllung“. Dr. Köster meinte hierzu, so sehr er an die Zukunft der französischen Sozialistenpartei glaube, so wenig könne man auf sie als auf einen positiven Machtfaktor in der gegenwärtigen Situation zählen: „Unser Ziel muß aber sein, die Zustimmung zu dieser Formel Scheidemanns, die auch meine Formel ist, nicht allein von den oppositionellen, sondern auch von den regierenden Faktoren in Frankreich zu erlangen. Wir müssen die misstraulichsten unserer Gegner zu der Erkenntnis bringen, daß wir gewillt sind, den Friedensvertrag zu erfüllen. Und wenn auch Millerand von dieser unserer festen Absicht überzeugt sein wird, dann wird der Tag der Revision nicht mehr fern sein“.

Der Wahlaufbruch der Unabhängigen.

Der Sinn des Räteystems.

Der jetzt erschienene Wahlaufbruch der Unabhängigen enthält neben sehr vielem, dem auch die Sozialdemokratische Partei ohne weiteres zustimmen kann, die folgende Stelle:

Durch die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, ist dieses Ziel allein zu erreichen. Die arbeitenden Menschen, die Träger der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Hüter der Kultur sollen auch die verantwortlichen Träger aller staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen und der politischen Gewalt sein. Das ist der Sinn des Räteystems, durch das erst das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen in Betrieb, Gemeinde und Staat verwirklicht wird. Die Diktatur des Proletariats ist der politische Ausdruck für die Überwindung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, ist ein Überwindungsstadium für die Zwischenzeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, in der die sozialistische Demokratie zur vollen Geltung kommt.

Auch diese Formulierung bedeutet gegenüber früheren

eine gewisse Schwächung. Wäre gesagt, daß die Diktatur des Proletariats auf gewaltlosem Wege erstrebt wird durch die Demokratie, die politische Gleichberechtigung aller, so wäre nur noch zu fragen, ob für eine solche verfassungsmäßige Machtstellung der Arbeiterklasse noch der Ausdruck Diktatur am Platze ist, mit dem man gemeinhin den Begriff einer Gewalt Herrschaft verbindet.

Wenn später von „Aktionen der Masse“ gesprochen wird, so bleibt wiederum die Frage offen, ob diese Aktionen auf der Basis der politischen Gleichberechtigung oder auf einer andern vorgehen sind.

Für die Sozialdemokratische Partei bestehen solche Fragen nicht. Sie vertritt ohne alle Umschweife den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung, und sie kann die Gewalt nur als ein Mittel anerkennen, die Gleichberechtigung gegen Gewalt zu verteidigen. Sie ist der Überzeugung, daß es zunächst einmal gelingen muß, die Mehrheit des Volkes zu einem Bekenntnis zum Sozialismus zu bewegen, bevor man an die viel schwerere Aufgabe, den Sozialismus zu verwirklichen, herangehen kann, daß der Sozialismus nur durch das Volk selbst verwirklicht werden kann, und daß jeder Versuch, ihn dem Volke aufzuzwingen, den schwersten Schaden für die Sache bringen müßte.

Dunkel wie zuvor bleibt der „Sinn des Räte-systems“. Die unabhängige Parteileitung hätte die Pflicht gehabt, doch etwas näher auszuführen, wie sie sich dieses Räte-system vorstellt. Erblickt man vom Räte-system, so denkt man zunächst an die russische Sowjetverfassung, die uns wahrhaftig kein lohnendes Ziel ist. Die Unabhängigen wollen aber die Sowjetverfassung auch nicht, sonst wären sie Kommunisten. Der unabhängige Wahlaufbruch zeigt keine klaren Wege und Ziele, sondern ist das Produkt einer vermittelnden Diplomatie.

Entweder man ist Sozialdemokrat oder man ist Kommunist! Die Unabhängigen glauben in der Mitte am sichersten zu gehen — aber es gibt keine Mitte!

Amsterdam, 20. April. (Nachricht des Holländisch-Nieuwsbureau.) Der Kölner Vertreter des „Amsterdamer Handelsblatts“ berichtet über eine Unterredung mit Scheidemann in Assel. Nach Scheidemanns Auffassung gehört ein Zusammenarbeiten der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen bei den Wahlen zu den Möglichkeiten. Beide Gruppen haben bei der Bekämpfung der Reaktion von rechts zu viel gemeinsame Interessen, um alle Sonderinteressen nicht hintanzuweisen zu können. Das bedeutet noch keineswegs eine Verschmelzung der Parteien durch die Wahlen. Die Voraussetzung für diese Zusammenarbeit wäre natürlich, daß die Unabhängigen ihr Leipziger Programm ändern. Scheidemann meint, daß das Zentrum Interesse daran zeigen müsse, gegen die Reaktion vorzugehen, um nicht allen Einfluß auf die Arbeiterschaft zu verlieren. Im allgemeinen könne angenommen werden, daß das Ergebnis der Wahlen eine gewisse Verschiebung nach links und nach rechts zur Folge haben werde.

Das Zentrum für Entschlußfreiheit.

Aus dem Reichsausschuß des Zentrums meldet die „Germania“:

Was die Zukunft anlangt, so herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Fraktion vollständige Entschlußfreiheit besitzt und daß die Teilnahme des Zentrums an einer künftigen Koalition abhängig sein wird vom Ausfall der Wahlen und von der Möglichkeit, ein Koalitionsprogramm zustande zu bringen, welches eine gedeihliche Führung der deutschen Politik gewährleisten würde.

Das selbe gilt natürlich für die Sozialdemokratie, deren Stellung zum Zentrum besonders auch davon abhängen wird, in welcher Gestalt diese sehr verwandlungsfähige Partei aus den Wahlen hervorgeht.

Koalitionen macht man nicht aus Begeisterung, sondern nur, weil es nicht anders geht. Vielleicht geht es das nächste Mal anders!

Bei einem Besuch abgestattet, und der Konservator habe ihm erzählt, es sei längst ein Franzose in Begleitung von Landbesitzern dagewesen, und habe im Kreise seiner Freunde das Wort ergriffen, um inbrünstig in einer ebenso heftigen wie knappen Sprache zu ihnen zu sprechen von Weisheit, Leben, seinem Werk, seinem Beispiel und seiner Unsterblichkeit, und der gelehrte Beamte, der ihm das berichtete, habe hinzugefügt: Niemand habe ich so innig von unserem lieben Goethe sprechen hören. Und Bloch fügt hinzu: „Ihr habt herausgefunden, daß der Franzose, der so würdig das Haus des Olympiers besuchte, ja ureis war. Unsere militärischen Taten haben, wie ihr euch denken könnt, viel mehr Genie, ein Genie ganz anderer Art und damit auch ein anderes Verfahren, um Frankreich und seine Victorie beliebt zu machen.“ Schließlich sagt Bloch, er wolle die Witzler noch auf etwas aufmerksam machen, darauf, daß Schopenhauer in Frankfurt gewohnt habe. Vor allem aber auch in Bonn auf das Haus, in dem Beethoven geboren wurde. Auch hier werde eine Route, d. h. ein Detachement Senegalneger, selbst den widerstandsfähigsten Aldeutschen zeigen, daß Frankreichs Sieg ohne Grenzen sei.

Das wird am Ende noch Bloch erfahren müssen. Denn in dem Frankreich Millevandts regiert nicht der Geist von Bloch — aber der von Koch!

Die schönsten französischen Gebiete gegen den Krieg, die während des Krieges geschrieben wurden, werden jetzt zum Buch vereint erscheinen (im „Sablée“ in Gené) und Roman in Holland hat ihnen ein Geleitwort gegeben, das die Dichter des Buchs wie eine Verkörperung der Schicksalskrieger und aller weltlichen Empörungen jener Bluthäute, die Holland „Jahre der Anarchie“ nennt, vorüberziehen läßt. Die Worte des großen Verdes ebensinnigen Menschentums münden aus in einen Ruf nach Deutschland hinüber:

„In diesen fünf Jahren war ich bemüht, die Franzosen mit jenen brennendsten Seelen bekanntzumachen, die bei ihren deutschen Feinden sich gegen den Krieg erhoben. Heute wende ich mich zu den Deutschen und fordere sie auf, die zu hören, die bei uns die gleichen Leiden ertragen und sie durch gleiche Hoffnung überwinden. Wie auf den Abendmahlstischen der alten Reformation mehr die Apostel am selben Tisch saßen, aber jeder träumte vor sich hin und sieht nicht den anderen, so haben durch fünf Jahre Frankreich und Deutschland Seite an Seite das gleiche Brot brüderlichen Leidens gegessen und haben es nicht gewagt. Mögen sie es doch heute endlich wissen! Es gibt keine Grenzen für das Leiden. Es gibt auch keine für die Liebe...“

So soll auch dies Buch sich der Arbeit Hollands für die Verfeinerung von Deutschland und Frankreich, für die menschliche Einheit einigigen. Rohwendigste Arbeit, idiosynkratische Arbeit. Die Gegenwart aber muß hier zu dem Ruf des Tolstoi Frankreichs immer noch sanftlich-große Töne. Aber Holland mahnt: „Brüder aller Länder, und vor allem, ihr Dichter, die ihr das Licht eurer Nationen seid oder sein sollt, eint eure Hände! Wir sind alle aus einem Vaterland.“ Wir ehren sein unermüdeliches Wort.

Gesundheit! Mit Daily Express wird folgende Geschichte erzählt, die ein gutes Stück Gegenwartsspiegel darstellt. Ein junger

Das Reichsverforgungsgesetz.

Die Renten der Kriegsbekämpften und Hinterbliebenen.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf des Gesetzes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung zugegangen. Dieser Entwurf stellt die Versorgung der Kriegsbekämpften und Kriegsbekämpften zum Teil auf völlig neue Grundlagen.

Der Unterschied zwischen Kriegsdienstbeschädigung und Dienstbeschädigung fällt weg. Zur Anerkennung einer Dienstbeschädigung genügt die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs der Gesundheitsstörung mit dem Militärdienst.

Den Beschädigten steht Anspruch auf Heilbehandlung, Körpererhaltung, orthopädische und andere Hilfsmittel zu. Ferner haben sie Anspruch auf unentgeltliche berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit.

Die Grundrente beträgt bei einer Verringerung der Erwerbsfähigkeit um 20 v. H. 480 M., um 30 v. H. 720 M., um 40 v. H. 960 M., um 50 v. H. 1200 M., um 60 v. H. 1440 M., um 70 v. H. 1680 M., um 80 v. H. 1920 M., um 90 v. H. 2160 M., bei völliger Erwerbsunfähigkeit 2400 M. Beschädigte, die zuletzt einen Beruf ausübten, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert, erhalten eine Ausgleichzulage von einem Viertel bzw. der Hälfte der Gehaltsstufe. Witwen erhalten 50 v. H. der Vollrente.

Für Kinder werden Kindergulagen in Höhe von 10 v. H. gewährt, auch für uneheliche Kinder, wenn sie vor Anerkennung der Dienstbeschädigung erzeugt wurden. Außerdem erhalten hilfslose Beschädigte eine Pflegezulage von 600 M. jährlich, bei dauerndem Krankenlager 900 bzw. 1200 M. Eine Abkürzung der Rente nach dem Tode des Beschädigten findet nicht mehr statt.

Das Sterbegeld beträgt je nach der Ortsklasse 150—300 M. Die Rente wird noch 3 Monate nach dem Tode an die nächsten Verwandten weitergezahlt.

Die Witwe des Verstorbenen erhält als Hinterbliebenenrente 30 v. H. der Vollrente, die erwerbsunfähige Witwe 50 v. H. der Vollrente. Waisenrente erhalten sowohl eheliche wie uneheliche Kinder. Sie beträgt, falls die Mutter noch lebt, 15 v. H., andernfalls 25 v. H. der Vollrente des Verstorbenen. Vater, Mutter, Großvater und Großmutter des Verstorbenen haben im Fall der Bedürftigkeit Anspruch auf Elternrente. Sie beträgt für die Eltern zusammen 30 v. H., für Vater oder Mutter allein 20 v. H. der Vollrente des Verstorbenen.

Zu allen Renten auf Grund des Gesetzes werden in den Ortsklassen A bis D Ortszulagen von 10 bis 30 v. H. gewährt.

Hat der Beschädigte ein Jahreseinkommen von mehr als 5000 M., so tritt mit der steigenden Höhe des Einkommens ein teilweises Ruhen der Rente ein, bei einem Einkommen von 14 000 M. oder mehr ruht sie gänzlich. Dies gilt jedoch nicht von Schwerbeschädigtenzulage, Ausgleich-, Orts- und Pflegezulage.

Das Gesetz enthält ein ausdrückliches Verbot an die Arbeitgeber, die Versorgungsgebühren zum Nachteil des Beschädigten ganz oder teilweise auf sein Arbeitseinkommen anzurechnen. Gegen Arbeitgeber, die dagegen verstoßen, können die Schlichtungsausschüsse anrufen werden.

Gegen den jetzt bestehenden Rechtszustand bringt das Gesetz zweifellos große Fortschritte, wenn es auch nicht sämtlichen Ansprüchen gerecht wird.

Generalstreik im Elsaß.

Grundsätzlich beschlossen.

Strasbourg, 20. April. Die „Freie Presse“, das sozialistische Organ von Strasbourg, veröffentlicht heute eine Notiz, in der der Präsident der lokalen Arbeiterorganisation die Sozialisten davon unterrichtet, daß die Verhandlungen zwischen den Industriellen und Arbeitern in Colmar zu keinem Ergebnis geführt haben. Hierauf sei grundsätzlich der Generalstreik beschlossen worden.

Zwiegesang vor den Wahlen.

Die Alideutschenationalen:

Denkst du daran, mein treuer Bundesbruder, an jene Zeit, da wir den Rapp gefaßt? Schon griff er lähnen Geistes nach dem Ruder, das Gottes Rat bestimmt für unsere Hand; schon schwang die Hoffnung ihren Rosenkranz, da kam ein Blitz und schlug das Ruder zu Bruch. Nun sehn wir kummerdol am Schmerzengüßel — es rät und rät der Tag der Wahl herbei.

Die deutschen Volksnationalen:

Ich denke dran, o tap'rer Kämpfergahrte, die blüht der Säbelnauf im Wappenschild, doch trage ich auch manche innere Werte, Weisheit und Bildung bring ich, wenn es gilt, Weicht du nicht mehr, wie Alte wir und Knaben zum frischen Krieg gefaßt mit Sang und Klang? Wir müssen nur den Mut zum Leugnen haben, vielleicht gelingt uns noch einmal ein Gang.

Seide:

Wir sind des Vaterlandes echte Hüter — zurück in deine Schranken, Arbeitsmann, für dich die Pflichten und für uns die Hüter — euch, Bürger, rufen wir besonders an: Steht fest bei uns, sonst freßen Volksewicken mit Haut und Haar euch auf zum Frühstüßelbrot, stimmt sorglich und bedacht für unsere Listen, Gewinn und Reichtum winkt bei Schwarz-weiß-rot!

Schlaraff.

Senegalneger im Goethehaus! Im Pariser „Populaire“ schreibt Georges Pioch: Die Senegalneger haben in Frankfurt das Goethehaus besetzt. Bis zum heutigen Tage warte ich vergeblich, daß ein Mitglied der Partei der Intelligenz gegen diese unruhige Besetzung oder vielmehr gegen die Herausforderung, die ebenso obdä wie lächerlich ist, protestiert. Ich erwarte, daß sich die Partei der Intelligenz vereinen wird, um zu fragen: Wer ist dieser Kreutz, ob Hauptmann, Major, Oberst, General oder Marschall, der es für gut befunden hat, im Goethehaus Schwarz-weiß einzulagern? Schwärze, die besonders hervorragend in dem Mut sind, alles zu vernichten; die sich dadurch auszeichnen, daß sie Seuchen (veroles) verbreiten. Wer ist der Vorkämpfer, der Spahnogel, der Sabist à la Clemenceau oder noch besser, der Trost (niais), der sich bemüht hat, Frankreich in seiner Vergangenheit, in seinem Renommee zu entehren?

Bloch sagt, er habe gesehen, daß Napoleon I. den französischen Truppen anbefohlen habe, als sie Weimar besetzten, wo Goethe gewohnt habe, dem deutschen Dichter die größten Ehren zu erweisen. Er erzählt, er habe eines Tages dem Goethehaus in Frank-

Amerikaner hatte vor dem Kriege 10 000 Dollar geerbt und mit dem Gelde eine Reise nach England, Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland gemacht und dort je 400 Pfund Sterling, 10 000 Franken, 5000 Pesetas, 7000 Lire und 12 000 Mark ausgegeben, worauf ihm noch 500 Dollar übrig blieben. Nach dem Krieg erbt er wiederum 10 000 Dollar und entschließt sich zu einer nochmaligen Reise nach obigen Ländern. Er berechnet den Währungsunterschied und verteilt sein Geld nun wie folgt: England 633 Pfund Sterling, Frankreich 30 000 Franken, Spanien 8900 Pesetas, Italien 27 000 Lire, Deutschland 185 500 Mark. Er geht zum Wechsel und beschafft sich die verschiedenen Geldsorten gemäß obigem Verzeichnis und beschließt, in Deutschland zu bleiben, bis die Währung wieder normal ist. So tritt er seine Reise an und findet, daß, obwohl die Preise überall hoch sind, er mit seinem Geldvorrat gut auskommt. Nur in Spanien wird sein Geld knapp, und er kauft daher seine Reise dort ab. In Deutschland läßt er sich mit 185 500 Mark nieder und wartet zum dort, bis die Währung wieder normal ist. Dieses Ereignis tritt nach Verlauf eines Jahres ein, und nachdem er 85 500 Mark ausgegeben hat. Mit 100 000 Mark in der Tasche geht er zum Geldwechsler und erhält 20 000 Dollar ausgezahlt, also das Doppelte der Summe, mit der er seine Reise antrat; und außerdem hat ihn sein langer Urlaub keinen Pfennig gekostet.

Mathematische Vorkurse sind für die Studierenden eingerichtet worden, die erst jetzt aus der Gefangenschaft zurückgekehrt sind und die jetzt im Sommerhalbjahr das Studium an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg beginnen wollen. Die wesentlichen Teile des Primanerpensums sollen wiederholt und geübt werden. Diese Kurse beginnen schon in der nächsten Woche und laufen bis Anfang Juli. Auskunft bei der Auskunftsstelle der Technischen Hochschule (Zimmer 157) sowie am schwarzen Brett (Abteilung für Allgemeine Wissenschaften).

Theater. Der Cham-Strindberg-Abend des Theaters in der Königsgräber Straße ist auf den 27. April festgesetzt worden.

Volksbühnen-Konzert. Am 15. und letzten Konzert des Verbandes der Freien Volksbühnen, das am 2. Mal, mittags 12 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfindet, wird Conrad Adorje Werke von Wagner, Schubert, Beethoven und Chopin zum Vortrag bringen. Karten zu 1,50 M. (einschl. Nebenabgabe) bei Freilicht u. Hotel, Volldamer Str. 21, in den Warenhäusern von Dietz, Volksbühnenbuchhandlung, Köpenicker Str. 68, und in der Belghäthelke Linienstr. 227.

Der Antrag der Reichsregierung wird am 27. April in einer Verammlung des Bundes für deutsche Schrift zu Berlin-Eggenhofen und des Berliner Korrespondenten im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht behandelt werden. Für letztgenannten Vereinpricht Korrektor Hölke.

Die Einheits-Theorie wird heute abend von 6 Uhr ab in der Urania, Anhalterstr. 37—39, in populär-wissenschaftlichem Vortrag aus Anlaß der Vorkämpfer-Aktionen. Generalsammlung des Bundes. Im Lehrervereinshaus wird abend der Vortrag von Gans und seine Einwände gegen die Theorie vorgetragen.

Der fünfte Arno-Volg-Abend findet heute abend 7 1/2 Uhr in der Berliner Sezession statt. Gedichte aus dem „Buch der Zeit“ und „Dolmetscher“ werden vorgetragen, teils in Vertonungen von Georg Stolzenberg.

Der Ersinder der Napschen Cuculberlampe, Prof. August Rapp, ein Schüler Helmholts, und Leiter des Berner Festes bei Siemens u. Halske, ist 66 Jahre alt, gestorben. Er hat Verdienste um die Schwachstromtechnik.

Sensationsmeldungen über Truppenstreik.

Unter der sensationellen Überschrift: „Streikende Reichswehrruppen“ glaubt die „Deutsche Tageszeitung“ berichten zu dürfen, daß die Treptower Regimenter und die Wache in der Dirksenstraße, in den Streik getreten seien. Es soll sich dabei um Meinungsverschiedenheiten wirtschaftlicher Natur handeln. Diese Nachricht ist, wie die P. P. R. erfahren, falsch. Wichtig ist allein, daß durch die zufälligen Vertrauensleute der Truppen mit der zuständigen Stelle des Reichswehrministeriums über eine bereits bestehende Zulage verhandelt wird. Ein durchaus legaler Vorgang. Kein Truppenteil ist in den Streik getreten. Auch die „Treptower Regimenter“ sind es nicht. Diese schon darum nicht, weil in ganz Treptow ein einziges Bataillon steht.

Die Bekleidungsstelle des Magistrats teilt mit: Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die im Umlauf befindlichen Berechnungsscheine auf Kommunalware, die bis zum 31. März ausgestellt worden sind, mit dem 30. April d. J. ihre Gültigkeit verlieren. Vom 1. Mai 1920 kann die Renausfertigung in den bekannten Ausfertigungsstellen nach Maßgabe der vorhandenen Ware beantragt werden. Die neuausfertigten Scheine verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf des auf die Ausstellung folgenden Kalendermonats.

Der Zentralverein für Schülerwanderungen hielt Freitag seine Mitgliederversammlung ab. Der Geschäftsbericht ergab ein sehr erfreuliches Bild über die Tätigkeit des Vereins im verfloßenen Jahre. Rund 5700 Volksschulkinder aus Groß-Berlin konnten zu drei- bis achtstägigen Wanderungen in die Mark, an die See und in die Mittelgebirge gesandt werden. Damit hat der Verein die Höchstleistung erreicht. Ueber 100 000 M. sparten die Kinder unter Leitung ihrer Lehrer und Lehrerinnen für die Wanderungen. Das neue Geschäftsjahr stellt den Verein vor große Schwierigkeiten. Die Preise für Quartiere und Verpflegung und für die Eisenbahnfahrten sind gewaltig gestiegen. Trotzdem muß der Verein seine Leistungen, wenn irgend möglich, noch steigern; denn mehr als je bedarf unsere Jugend körperlicher Ausbildung und Kräftigung; aus ihr allein beruht unsere Zukunft.

Ein Portemonnaie mit Inhalt wurde in der am Montag im Gesellschaftsraum, Vorderer Markt, stattgefundenen Hofversammlung aller in den Hotelbetrieben beschäftigten Handwerker, Maschinenisten und Heizer gefunden. Dasselbe liegt dem Berliner im Ortsbureau des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer, Berlin SO 16, Einzelstr. 15, 2 Tr., Zimmer 27, in den Geschäftsstunden von 9-5 Uhr zur Verfügung.

Postpakete nach Ostpreußen können nunmehr wieder besendet werden, da Güterzüge durch den polnischen Korridor durchgelassen werden; die Briefpost geht auf dem Seewege.

Neukölln, Volkshochschule. Anmeldungen für den spanischen Sprachkursus im Vierteljahr April-Juni werden noch bis Sonnabend im Rathaus Zimmer 218 von 10-1 Uhr entgegen genommen. Zahlreiche Meldungen erbeilen, da der Kursus nur bei einer Mindestteilnehmerzahl von 20 Hörern eingerichtet werden kann.

Der am 25. April angeordnete Ausflug des Lyzeallehrers Aufschlag — Reihe 28 — findet nicht nach Dahlem (Botanischer Garten), sondern nach dem Grunewald statt. Treffpunkt 9 vormittags Bahnhof Grunewald.

Schöneberg. Die freie Turnerschaft veranstaltet heute abend 8 Uhr in der Turnhalle Rätcherstraße, einen öffentlichen Turnabend.

Marlendorf-Abende. Die Gemeindevorstanderversammlung wird vom stellvertretenden Gemeindevorsteher Genossen Baldeheim eröffnet mit der Mitteilung, daß der Bürgermeister Holle den bewilligten Urlaub angetreten hat und in Erlang in den Staatsdienst eingetreten ist. — Kammerer Stech erstattete Bericht über den Abschluß

des Hauptlots für 1918. Einer Einnahme von 2581 708,41 M. steht eine Ausgabe von 2 845 023,82 M. gegenüber; mithin ein Verwaltungsüberschuß von 186 680,09 M. Diese Summe soll von der neuen Anleihe abgezogen werden. — Für diejenigen Gemeindebeamten, die beim Kapp-Kutsch beteiligt sind, soll ein Untersuchungsausschuß von 7 Gemeindevorstern eingesetzt werden; auf Beschluß der Gemeindevorstellung werden gewählt: 3 Vertreter der P. P. D. (die Genossen Deiner, Kojstod und Winte), 2 U. S. P., 1 Demokrat und 1 Bürgerlicher. — Eine längere Debatte zeitigte der Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Lehranstalten. Richter (U. S. P.) will statt 240 M. 880 M. Schulgeld erheben. Er begründet dieses mit den hohen Kosten, die der Gemeinde durch diese Anstalten entstehen. Daß es Stundeschulen sind, in denen die Schüler gegen die organisierte Arbeiterkraft mobil gemacht werden, habe der Generalstreik bewiesen. Die Schulordnung müsse revidiert werden. Beschlossen wird, daß das Schulgeld für das 1. Quartal 1920 mit 240 M. berechnet wird; mit den Nachbargemeinden soll in Verbindung getreten werden, ob eine Erhöhung des Schulgeldes angebracht ist. — Der Gemeindevorstand fordert zum Ankauf von Medikamenten zur Bekämpfung der in den Schulen auftretenden Krätze die Summe von 200 M., die bewilligt wird. — In Anbetracht der großen Preissteigerung der Friseurgeschäfte wurde beschlossen, eine Gemeinde-Haarschneidestube einzurichten. Der Preis für Haarschneiden beträgt für Kinder 30 Pf., für Erwachsene 1 M. — Auf Antrag unserer Genossen wurde beschlossen, den 1. Mai als Feiertag zu begeben. Ebenfalls zugestimmt wird der Anregung unseres Genossen Kaphun, baldmöglichst eine Vorlage zur Errichtung eines Gemeindefriedhofes zu machen. In einem Artikel der „Mariendorfer Zeitung“ wird seitens des Dienerbundes das Wirtschaftsamt angegriffen, beim Generalstreik den Landbrotbäckern die Ausfuhr von Brot untersagt zu haben. Genosse Hahn als Leiter und Genosse Krawe als Beamter des Wirtschaftsamtes erwiehen die Behauptungen als leeres Gerede.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Die Gültigkeit der Einfuhrzulassungen ist am 1. April erloschen.
Steglitz. Anmeldung: 300 Gramm Weizenmehl (92 A).
Grunewald. 3 Stück Heringe (3).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 21. April:

- 15. Abt. 8 Uhr: Funktionärsitzung, Blumenstr. 68.
- Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Lehrer. 7/8 Uhr: Besprechung im Lehrerbau, Zimmer 4.
- Steglitz. 8 Uhr: Bezirksabende in den bekannten Lokalen.
- Mariendorf. 7/8 Uhr in der Schulaula, Kurfürstenstraße: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Stellungnahme zur Kreisgeneralsammlung; Wahl von Delegierten; die kommenden Wahlen.
- Tempelhof. 7/8 Uhr: Frauenabend im Musiksaal des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße.
- Kaulsdorf. 7/8 Uhr bei Schwarz: Ungeordentliche Mitgliederversammlung.

Morgen, 22. April:

- 15. und 16. Abt. 7 Uhr, Kula, Pfandstr. 10: Mitgliederversammlung. Gen. Ernst Dellmann spricht über: „Die politische Lage“.
- 27. Abt. 7 Uhr: Ungeordentliche Mitgliederversammlung in der Schulaula, Ruppiner Str. 48. Aussprache über die politische Lage.
- 30. Abt. 7/8 Uhr bei Ebeling, Carmen- und Soldatenstr. 22: Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsfrauenvereine.
- Schwerhörigen-Gruppe. 7 Uhr in der Landstammenschule, Markstraße 49, Hof links, 2 Tr.: Versammlung. Tagesordnung: Die politische Situation und die kommenden Wahlen. Referent: Genosse Welde. Schwerhörige Parteigenossen, Gewerkschaftler und „Vorwärts“-Leser sind dazu freundlichst eingeladen.
- Friedrichshagen. 7/8 Uhr: Frauenabend Schamwedestr. 111. Genossin Spidit: Wie wir's schaffen.

Jugendveranstaltungen.

Heute 1/2 8 Uhr:

Zentraljugendheim, Lindenstr. 3. Literaturabend. — Charlottenburg. Kohnenstr. 4. Diskussion: Das Erfurter Programm. — Ortner, Adlerstr. (Schulhaus). Vortrag: Ein Grenzabenteurer. — Ortsgemeinschaft. Adlersstr. 14a. Vortrag: Rätelehre. — Nichtenberg. Parkstr. 10. Vortrag: Die Geschichte der Technik. — Lohse, Danziger Str. 25. Vortrag: Geschichte und Wesen des Kapitalismus. — Rosenthal. Gemeindefabrik, Rastanienallee. Diskussionsabend. — Rosenthaler Vorstadt. Schule Bergstr. 56. Vortrag: Die soll man mandern? — Zäpfchen. Brangelstr. 128. Vortrag: Körperpflege. — Tempelhof. Jugendheim, Lyzeum, Germaniastr. 67. Hauptversammlung: Neuwahl des Vorstandes. — Westen. Kurfürstenstr. 141. Diskussion: Was bringt das Betriebsrätegesetz der arbeitenden Jugend? — Wilmersdorf. Oberrealschule, Am Seepark. Vortrag: Die Entstehung des Proletariats.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Tivortaktel Nichtenberg. Heute 7 Uhr im Festsaal des Lyzeums, Rathausstr.: Allgemeine Mitgliederversammlung. — Ortsgemeinschaft Wilmersdorf des Bundes der techn. Angestellten. Donnerstag 1/2 8 Uhr im Augusthof, Auguststr. 1: Ungeordentliche Monatsversammlung. 1/2 7 Uhr: Erweiterte Vorstandssitzung.

Aus aller Welt.

Der Milchpranger.

In der „Dittzharter Zeitung“ war dieser Tage die folgende Anzeige zu lesen:

Bekanntnis!

Unterzeichnete erkläre hiermit, daß sie die Einwohner-schaft Kumars in gemeiner Weise geschädigt haben, indem sie die Milch mit Wasser versetzten.
Ich, Lina Triller, habe 1/4 Wasser zugesetzt.
Ich, Otto Förster, habe 1/4 Wasser zugesetzt.
Ich, Jakob Schwarz, habe es am tollsten getrieben, habe 1/2 Wasser zugesetzt.
Wir erklären hiermit, daß dieses nie wieder geschehen soll.
Triller, Förster, Schwarz.

Wann freiwillig scheinen Präulein Triller und die Herren Förster und Schwarz diese Anzeige nicht aufgegeben zu haben. Schade, daß das Rezept, mit dem sie zum ehrlichen Milchhandel ergoren wurden, nicht bekannt ist. Alle deutschen Milchtrinker hätten Interesse daran. . . .

Zuchthausausbruch. Aus dem Zuchthaus in Striegau sind der „Schles. Ztg.“ zufolge 19 Schwerverbrecher entwichen, darunter zwei, die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt sind. Die Flüchtlinge waren nur notdürftig bekleidet. Es handelt sich um Verbrecher, die kürzlich aus dem Ruhrgebiet nach Striegau überführt wurden. Auch aus dem Landeshafter Gefängnis sind ein Straf- und ein Untersuchungsgefangener entkommen, die den Gefängniswärter überfielen und fesselten und sich der Schlüssel bemächtigt hatten.

Briefkasten der Redaktion.

P. S. 6. Die Bartezeit braucht nicht erfüllt zu sein, wenn die Voraussetzungen des Art. 65 des Ein.-Ges. zur R.B.D. vorliegen. — R. P. Sie müssen zunächst die Entscheidung über Ihren Einspruch abwarten; erst dann können Sie weiter vorgehen. — U. S. P. Rein. — W. W. 73. Zum Einkommen gehören auch Einkünfte aus Kapitalvermögen. Das Vermögen wird zusammen gerechnet. — G. S. 100. 1920. — D. 65. 1. Das Geld gehört den Gastwerken, 2 Pa. — G. P. 1. Rein, die Wahlen zu den Betriebsräten müssen, soweit dies noch nicht geschehen ist, unverzüglich vorgenommen werden. — G. R. Bis 31. März 1919.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. In den Tagesstunden warm, zeitweise etwas aufkarend, jedoch überwiegend bewölkt. Im Westen ziemlich zahlreiche, östlich der Ober mehr vereinzelte, im allgemeinen geringe Regenschauer.

Zur Aufklärung!

Die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirtsangestellten verbreitet — anscheinend zur Irreführung der Öffentlichkeit — durch die Presse und vermittlest Flugblätter wissentlich unrichtige Darstellungen der Vorgänge, welche dem mutwillig vom Saun gebrochenen Streik vorausgingen.

Die unterzeichneten Arbeitgeberverbände sehen sich daher zu nachfolgender Feststellung veranlaßt:

1. Es ist un w a h r, daß die Arbeitgeberverbände die Anerkennung des vereinbarten Tarifvertrages ablehnten.

Wahr ist vielmehr, daß die Arbeitnehmer in den vereinbarten Tarifvertrag,

nach welchem seit dem 1. Januar 1920 die Löhne bereits bezahlt werden,

teglliche Bestimmungen hineingebracht haben, welche im Wesentlichen zu einem vom Reichswirtschaftsministerium gefällten Schiedsspruch, dem sich beide Parteien unterworfen hatten, im Gegensatz stehen. Trotz vielfacher Ersuchen der Arbeitgeberverbände ist eine entsprechende Abänderung nicht erfolgt.

Berlin, den 19. April 1920.

Interessenverband des Gastwirts-gewerbes und verwandter Betriebe G. V.

Verein Berliner Hotelbesitzer G. V.

Gastwirts-Zinnung zu Berlin.

Gastwirts-Zinnung des Kreises Teltow und der Stadtbezirke Schöneberg, Neukölln und Wilmersdorf.

Provinzialverband Berlin des Deutschen Gastwirtsverbandes G. V.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus, Fidelity. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus, Der Marquis v. Keith. Anfang 7 Uhr. Deutsches Theater, Himmel und Hölle. Donnerstag 7 Uhr. Komödienhaus, Der Herr Minister. Berliner Theater, letzte Walzer. Central-Theater, Fräulein Puck. Deutsches Opernhaus, Der Prophet. Franziska. Eden-Theater, Die Dollarprinzessin. Evchen. Humbrecht. Kleines Theater, 1913. Neues Operettenhaus, Die kleine Hebel. Neues Volkstheater, Die Brüder Karamasow. Schiller-Theater, Die verlorene Tochter. Thalia-Theater, Amor auf Reisen. Der Rastelbinder. Trianon-Theater, Myrrha. Residenz-Theater, Die Raschoffs. Rose-Theater, Das Lied der Liebe. Casino-Theater, Sin aller Sänder.

Volkshöhne, Der Liebestrank. Lessing-Theater, Pygmalion. Deutsches Künstler-Theater, Menagerie. APOLLO, Afra. Vorsicht bei Gesprächen. Arkonis. Varieté-Sensation. Folles Caprice. Schall u. Rauch. Circus Busch, Das gr. Circus-Prgr. Der Wilddieb. Winter-Garten, Chester Dieck. Adi-Haus, Käte Blank. Metropoli-Kabarett, 3 Schwestern Lück. ORIENT, Strausberger Platz. Größtes u. schönstes Kabarett in Berlin. Graziella Fried. Eri Smeraldina. 2 Pohleys 2. Hugo Just. Hans Elliot. Lea Florenz. Victor Ritter.

Theater am Kottbuser Tor, Elite-Sänger. Reichshall-Theater, Stettiner Sänger. Admirals-Palast, Flirt in St. Moritz.

Variété-Café Moritzplatz, Oranienstr. 53-55. Das große Weltstadt-Programm. 4 1/2 - 7: Tanz-Vorführungen.

Möbel, Wir liefern ab unserer Fabrik direkt an Private zu soliden Preisen. MÖBEL in Eiche, Nussbaum, Birke, Kirschbaum, Mahagoni. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnsalons, Küchen und Einzeilmöbel.

Albert Gleiser, Berlin C 33, Alexanderplatz, Alexanderstraße 42. Rhenismus, Gicht, Ischias, Nervenschmerz.

Ich zahle immer die höchsten Tagespreise für Kupfer, Messing, Gold- u. Silber-Medailles und andere Metalle sowie Alte Gebisse kauft. Gottheim, Mariannenstr. 12 und Schmidstr. 17 a.

Jetzt: Uebergangsmäntel 86, 115, 190, 270, 415. Impr. Mäntel 198, 245. Impr. Seidenmäntel 375, 525. Pracht-Kostüme 156, 275. Modell-Kostüme 490, 745. Sporjacken, Trikotgewebe mit buntem Kragen. 68, 126. Kunstseidene Strickjacken 325, 495. Röcke, gute Stoffe 44, 66, 87, 136. Ulster jetzt sehr billig! 86, 148, 250, 390.

Westmann, 1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a. 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115. Täglich bis 7 Uhr geöffnet. Sonntags geschlossen!

Zeitungspapier, Fest gebündeltes über höchsten Tagespreis. Berlin SO 33, Cuvrystraße 38. Pädlerstraße 33, Wrangelstraße 72. Willy Seydlitz.

Große, sehenswerte Möbel-Ausstellung. Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Wohnsalons, Dielen, Küchen usw. usw. Besichtigung lohnend u. erwünscht.

M. Schlewinsky & Co., Berlin C, Dirschstr. 31 am Bahnhof Alexanderplatz, Ecke Königsgarten.

Alte Gebisse, auch einzelne Zähne zu höchsten Tagespreisen. Zahn-techn. Laboratorium Rosenzweig, Oranienburger Str. 38, hochp.

Kupfer per kg 11,50. Rotguß " " 7,50. Messing " " 5,50. Blei " " 3,-. Kupfer per kg 11,50. Rotguß " " 7,50. Messing " " 5,50. Blei " " 3,-.

Kostenlose Augen-Untersuchung, Riegel, Spitalmarkt 6:10 im Hause Zuntz. Für passende Gläser mit pass. Br. vgl. gratis.

Stoffe zur Damen- und Herrenbekleidung. Konfektion für Damen u. Mädch. Maßanfertigung. C. Pelz, 5 Kottbuser Str. 5.

Gamaschen-Kenner, tragen Marke (22)18. Peitsche innen eingestempelt. Metalle, Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zinn, Zink, Zinnlegierung usw.

Kurzlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulante Behandlung. Modernes, erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- u. Lichttherapie, die wissenschaftlich anerkannte u. glänzend bewährte, Röntgenstrahlen-Behandlung.

Alte Gebisse, auch zerbrochene bis 1000 M. Einzelne Platinstiftzähne von 6-100 M. pro Zahn. Platin, Brennstifte, Kontakte, Bruchgold und Bruchsilber.

Säle frei! Für Versammlungen, Vereine usw. Residenz-Festsäle, Landberger Straße 31. Oranien-Festsäle, Naunynstraße 27. Central-Festsäle, Alte Jakobstraße 32. Kellers Konzert- u. Festsäle, Kopenh. Straße 29. Berliner Vereins- u. Konz.-Säle, Kommandantenstraße 55/59.

Everth & Mittelmann, Bankgeschäft. Berlin C 19, Petriplatz 4. Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 u. 11541. Beste Verwertung ausländischer Anleihen u. Coupons. Geschäftszeit: 9-1, 3-6, Sonnabends 9-3.

Allg. Ortskrankenkasse Neukölln.
Wird bei uns der Lohn eines langjährigen Beamten entfallen.
Am 18. d. M. verstarb an einer herablässigen Lungenerkrankung der
Krankenkassenbeamte Otto Kollert
im 59. Lebensjahre.
Der Verstorbenen war 22 Jahre lang in treuer Pflichterfüllung in unserer Krankenkasse tätig, bis ihn eine Erkrankung, die er bereits zu überwinden versuchte, aus unserer Reihen entführte.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse Neukölln.
Hess, 2. Vorsitzender.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Sprechst. 11-1, 3-7, Sonntag 11-1
Harn- u. Blutuntersuchung

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Sprechst. 11-1, 3-7, Sonntag 11-1
Harn- u. Blutuntersuchung

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Sprechst. 11-1, 3-7, Sonntag 11-1
Harn- u. Blutuntersuchung

Feste Preise:
Kupfer kg. 9,00 M.
Rotguss „ 7,00 „
Messing „ 5,50 „
Tasche, Belianzest. 98
Kuchenheckerstr. 4, Ecke Elbinger
Wasserkauer Str. 79, und
Hilfsweg 1, Bernhardtstr. 15a.

Berliner Sitzmöbel-Industrie
G. m. b. H.
Friedrichstr. 125
Kaufhaus am Bahnh. Börs.

Tubesse!
Genes erhalt. Fabrikat.
Süßholzwurzel erbeten!

Erfinder
Besteht sich zur Umwandlung
Verfahren über Erfindungen
in eines Patentdokument
und Ankauf kostentlos!
Vgl. u. a. Verkauf eines
alles durch unseren Mit-
arbeiter für
850 000 M.
Erdmann & Co.,
Hilfsweg 1, Königsplatz Str. 71.

Über 1000 Atteste
bestät. d. heils. Wirkg. von
Sen-Rat **Haussalbe**
Dr. Strauß's
bei Hautausschl., Flecht-,
Hautjuck., bes. bei Schind.,
Krankheiten der Frauen
und oergl. Originaldosen
6,25, 12,- verendet
„Elefanten-Apothek“
Berlin 204 SW 19, Leip-
ziger Str. 74 (Dönhofpl.)

Kupfer 12,00
Messing 8,50,
Quecksilber, Rotguss,
Zinn, Zink, Blei
zu allerhöchsten Tagespreisen
Metall-Ankauf,
Lohriner Str. 89/90, Laden.

Schreibmaschinen
mit Sichtfeld, sehr preis-
wert, verkauft
Herbert Gehrke,
Berlin-Schöneberg,
Kolonnenstr. 20.

Schlafzimmer
prima weißlackiert, dreiteiliger
Schrank mit Spiegel, feinste
Ausführung, Stoffenlagen u.
nur 4000 M. Charlottenburg,
Hilfsweg 1, Bernhardtstr. 15a,
Hilfsweg 1, Bernhardtstr. 15a,
Hilfsweg 1, Bernhardtstr. 15a.

Alte Gebisse
Zahn 5 Mk.
Brillanten
Gold-, Silberbruch
Schmucksachen
Kupfer, Messing,
Zinn usw. kauft
Edelmetallschmelze
O., Blumenstr. 88

Einladung
zur ordentl. Ausschuf-
fung der Betriebs-
krankenkasse der Stadt-
gemeinde Berlin

am Freitag, den 30. April
1920, abends 7 1/2 Uhr, im
Sitzungslokal Nr. 63 des
Hauptes zu Berlin, König-
straße 15/18, Eingang Süd-
seite, hinter Aufgang.
Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrech-
nung 1919.
2. Berichtslegung und Fest-
setzung neuer Beiträge.
3. Verabschiedung.
Wichtiges oder Besondere,
zu deren Erörterung Mit-
glieder oder anderweitige
Personen erforderlich sind,
müssen mindestens 3 Tage
vorher beim Vorsitzenden des
Vorstandes eingereicht werden.
Vor der Sitzung findet am
4. April in demselben Zimmer
die übliche Vorbesprechung unter
den Ausschussmitgliedern statt.
Berlin, den 17. April 1920.
Der Vorsitzende
des Vorstandes der Betriebs-
krankenkasse d. Stadtgemeinde
Berlin.
R. S. Timmer.

Allg. Ortskrankenkasse
der Stadt
Berlin-Schöneberg.
Am Donnerstag, den 29. April,
abends 8 Uhr, findet in der
Chemie-Schule am Barbarossaplatz eine
Ordentliche
Ausschuss-Sitzung
statt.
Tagesordnung:
1. Berichten des Protokolls der
ordentlichen Ausschuss-Sitzung
vom 18. November 1919.
2. Bericht über den 4. Quarta-
lbericht 1919.
3. Jahresbericht für 1919 und
Abnahme d. Jahresrechnung.
4. Anstellung von Beamten auf
Grund der Dienstverordnungen.
5. Festsetzung der Beiträge
und Herabsetzung der
Beitragsbemessungsgrenze.
(Schulungsbeitrag.)
6. Anstellungsgesellschaften.
Die Sitzung ist nicht öffentlich.
Der Vorstand:
H. Krumm, Vorsitzender,
Friedrichstr. 125, 1. Etage.

Jahres-Beamtentafel
der Vereinigt. Sachver-
staltung zu Berlin.
Am Freitag, den 23. April 1920,
abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal
Boddenweg, Schloßstr. 60,
eine
Ordentliche
Ausschuss-Sitzung
in folgender Tagesordnung statt:
1. Abnahme der Rechnung
des Jahres 1919 (Bericht des
Rechnungs-Ausschusses, Ent-
lastung des Rechnungsführers).
2. Beratung und Beschluß-
fassung über die Abänderung
der §§ 10 und 29 der Statuten-
satzung.
Der Vorstand:
J. M.: Otto Koch, Vorsitzender.

Zigaretten
Zigaretten in verschiedenen
Sorten, beste Preisgattung
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).

Kaufe
Platin
M. 115,- per Gramm
und
Juwelen
zu höchsten
Tagespreisen
Friedrichstr. 108
im
I. Etage

Alteisen,
nur Großverkauf.
Best. Ankauf in Postinger-
straße 324 Berlin NW. 21.
Trotz Preissturzes
zahle ich für:
Kupfer per kg 10,-
Rotguss „ 9,-
Messing „ 5,50
Blei „ 3,-
Alteisen „ -70
Zeitungs-papier 1,60
Fritz Behrens,
Blumenstraße 71,
Ecke Markusstraße.

Alteisen,
nur Großverkauf.
Best. Ankauf in Postinger-
straße 324 Berlin NW. 21.
Trotz Preissturzes
zahle ich für:
Kupfer per kg 10,-
Rotguss „ 9,-
Messing „ 5,50
Blei „ 3,-
Alteisen „ -70
Zeitungs-papier 1,60
Fritz Behrens,
Blumenstraße 71,
Ecke Markusstraße.

Alteisen,
nur Großverkauf.
Best. Ankauf in Postinger-
straße 324 Berlin NW. 21.
Trotz Preissturzes
zahle ich für:
Kupfer per kg 10,-
Rotguss „ 9,-
Messing „ 5,50
Blei „ 3,-
Alteisen „ -70
Zeitungs-papier 1,60
Fritz Behrens,
Blumenstraße 71,
Ecke Markusstraße.

Alteisen,
nur Großverkauf.
Best. Ankauf in Postinger-
straße 324 Berlin NW. 21.
Trotz Preissturzes
zahle ich für:
Kupfer per kg 10,-
Rotguss „ 9,-
Messing „ 5,50
Blei „ 3,-
Alteisen „ -70
Zeitungs-papier 1,60
Fritz Behrens,
Blumenstraße 71,
Ecke Markusstraße.

Alteisen,
nur Großverkauf.
Best. Ankauf in Postinger-
straße 324 Berlin NW. 21.
Trotz Preissturzes
zahle ich für:
Kupfer per kg 10,-
Rotguss „ 9,-
Messing „ 5,50
Blei „ 3,-
Alteisen „ -70
Zeitungs-papier 1,60
Fritz Behrens,
Blumenstraße 71,
Ecke Markusstraße.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin, C 25.
Bekanntmachung.
Infolge der Bereinigung über Herabsetzung des Grundlohns
und Abänderung der Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken-
versicherung vom 1. April 1920 hat der Vorstand in seiner Sitzung
vom 19. April 1920 die Herabsetzung zur Geltung beschlossen.
Die Herabsetzung, die am 26. April 1920, in Kraft tritt.
Die zur Herabsetzung der Beitragsbemessungsgrenze durch das
Oberverwaltungsamt fest der Vorstand hat nach § 1 der er-
wähnten Bereinigung erforderlichen Herabsetzung des Grund-
lohns um vorläufig wie folgt fest: Der Grundlohn wird von
10 M. auf 10 M. herabgesetzt. Die Herabsetzung der Beitrags-
bemessungsgrenze wird von 11 Gulden auf 11 Gulden für volle
Wochen erhoben werden, betragen 6 Prozent des Grundlohns.
An Krankengeld wird gemäß für jeden Kalendertag in
Stufe 1: 2,40 M., in Stufe 2: 2,60 M., in Stufe 3: 2,80 M., in
Stufe 4: 3,00 M., in Stufe 5: 3,20 M., in Stufe 6: 3,40 M., in
Stufe 7: 3,60 M., in Stufe 8: 3,80 M., in Stufe 9: 4,00 M., in
Stufe 10: 4,20 M., in Stufe 11: 4,40 M. Das Krankengeld
beträgt den 50sten Teil des Grundlohns. Druckvermerk
der 9. Abänderung werden vom 26. April 1920 an im Rassen-
total, Hakenstr. 4, ausgegeben. 12468

Der Vorstand:
A. Vogel, Vorsitzender. R. Freund, Schriftführer.
Werkzeugmaschinen
neu und gebraucht
Drehbänke mit Leit- u. Zugspindel in verschiedenen Größen.
Bohrmaschinen für Kraft- und Fußbetrieb,
Fräsmaschinen, horizontal, vertikal und universal.
Revolverbänke in verschiedenen Größen,
Exzenter- und Fraktionspindel-Pressen,
Schraubautomaten,
Rundschleifmaschinen, universal,
Mechanikerbänke und so weiter
verkauft preiswert ab Lager
Felix Kohls, Berlin S 14,
Alte Jakobstr. 66.
Tel.: Amt Moritzplatz 12072, 12073.

Ankauf
Juwelen
Margraf & Co., G. m. H.
Kanonikerstr. 9

Möbel-Ausstellung
100 kompl. Zimmer-Einrichtungen
in künstlerischer Durcharbeitung
stehen in meinen Ausstellungsräumen zur Besichtigung
bereit. - Kataloge werden nicht versandt.
A. S. Ball, Kunstmöbelfabrik
Berlin W, Potsdamer Straße 27a.

Kupfer — Messing
Quecksilber — Blei — Zink
zum höchsten Tagespreis
Schulzendorfer Str. 2
Möbel-Fabrik
Georg Schmidt
Moderne Wohnräume
Grosses Lager
fertiger Einzelstücke
Kottbuser Damm 77

Spezial-Behandlung
von Haut-, Harn-, Unterleib-, Frauenleiden, spez. veraltete
hartnäckige Fälle, Schwäche, Salvarsan-Kuren, - Urin-
u. Blutuntersuchungen, Licht- u. Finsen-Behandlung, Elektr.
Durchleuchtung, Bestrahlungen Getreute Wartezimmer für
Damen und Herren. **Arztliche Heilanstalt.** 1442*
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz,
9-1, 4-8, Sonntags 9-1

Spezial-Arzt für Haut-, Harn-, Blasen-,
Unterleibsliden, nervöse Schwäche,
speziell veraltete Fälle, Salvarsan-Kuren,
Urin- u. Blutuntersuchungen. Separates Damenzimmer.
Erste und Beste Heil-Anstalt Löser. **Spezial-Arzt**
Dir. Löser senior, Dr. Skottl.
Nur Rosenthaler Str. 69-70 am Rosenthaler Platz
9-1, 4-8, Sonnt. 10-1

Schönes und reines Gesicht
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode.
Sommerprossen, Pickel, Milieure, Leberflecke, Warzen,
Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw.
verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße,
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen.
Sprechstunden: 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos

Hemdenflanel
Der Meter 20 Mark
porzellan, gute deutsche Ware, ungediebt, kann ich infolge
äußerer Verhältnisse abgeben.
Bestellen Sie sofort, mir nicht zureichen Umtausch.
M. Bruno Kaiser, Oberlichtenau, Dresden.

Deutscher Monatsbund.
Sitzungssaal des Herrenhauses, Leipziger Straße 3,
Sonntag, den 14. April, abends 7 Uhr präz.
Großer öffentl. Vortrag m. Lichtbildern u. anschlied.
Aussprache.
Dr. Hans Janko:
Was wissen wir
vom Jenseits?
Billets bei A. Werthelm, Leipziger Str., u. Geschäftsst.
d. D. M. B., Schlüterstr. 19 (Tel. Steimpl. 10661) u. Abendk.
Ferner: Aula des Werner-Siemens-Realgymn., Hohen-
staufenstraße 47/48, an den Dienstagen, 27. April und
4. und 11. Mai, abends 7 Uhr:
Dr. Werner Bloch:
Einführung in die allgemeine Relativitätstheorie.
Näheres Geschäftsstelle.

MÖBEL
Herren-, Speise-, Schlafzimmer,
bunte Küchen, einzelne Möbel
Teilzahl, gestattl. Lieferg. auch auswärts
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern
Möbel-Gross
Große Frankfurter Str. 141
5 Min. v. Schles. Bahn.
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstraße
5 Min. v. Stettiner Bahn.
Kriegsanl. nahme mit 85% in Zahlung

Trotz des großen Preissturzes
zahle ich noch immer für
Kupfer 10,- **Messing 6,-**
Rotguss 7,- **Blei 3,-**
Aluminium 10,- **Nickel 18,-**
sowie Zinn und Quecksilber
die höchsten Konkurrenzpreise
Oderberger Str. 1.

Küchen
solange Vorrat reicht
von **Mk. 500 an**
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in all. Preislagen nur in der
Möbelhalle Schanzer
Alexanderstraße 14 b

Schnellaufbohrer
Schmirgelstein, Natur-
stahl, Fräser, Reibahlen,
Gewindebohrer, neue,
kauft zu allerhöchsten Tages-
preisen.
Händler Extrapreise.
• Henschel, •
Moabit, Rostocker Str. 22.
!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste An-
kaufpreise für Plandrehelne,
Feilanten, Goldgegenstände,
Teppiche, Bilder usw. Wolff,
Friedrichstr. 41 III, 5. u. 6. Stock.

Noch ist's Zeit!
Kupfer, Messing, Zinn,
Blei, Quecksilber,
Naturstahl
kauft mehr
zu erhöhten Preisen nur
Metallschmelze
Prinzessinnenstr. 17,
neben Wertheim, Moritzpl.

Fett-Seringe
neue, hochwertig, bestellbar,
ca. 60-70 Stk. 50-95 Stk.
Rollmöpfe, H. gewölbt
Delikatessware,
ca. 60 Stk. 95-105 Stk.
verkauft in Schilljahren
kauft per Nachnahme
auch Angotes in großen Mengen.
Seringenhause Hanf
Berlin C 25, Dürfenstr. 42.

Elektro-
Klein-Motoren
bis 1/2 PS, Kabel, Litze
Ankauf — Verkauf
W. Hagedorn,
Kochstr. 50/51. Zentr. 12653.

Weisslack
Möbel
für Boulogner Schlaf-
zimmer, Gardien und
Dienen.
Louis XVI. Schlafzimmer
Joseph Dreyfuß
Kurfürstendamm 213
Steinplatz 53 88.

Zahngelbte
auch verbundene, 6/3
Platin
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Urban, Kottbuser Uferstr. 10-6

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117
an der Lützowstraße
Sprechst. 12-2, 1/2 6-1/2, 10 Uhr abds., Sonnt. 1/2 11-1 Uhr
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Harn- u. Blutuntersuchungen.
Aufkündigende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilver-
fahren im versch. Kuvert gegen Einsendung v. M. 1,50.

Stellenangebote
Stellmacher, Tischler
und Wagenlackierer
werden zum sofortigen Eintritt gesucht.
Meldungen im Einstellungs-bureau:
Nationale Automobil-Gesellschaft A.-G.,
Berlin-Oberschöneweide,
767 Ostendstr. 105. 496D*

I. Monteur
für Wasserflugzeuge,
der gleichzeitig erfahrener
Flugzeugführer
sein muß, für Hebersee gesucht.
Angebote unter D. 82 an die Hauptredaktion des
„Vorwärts“ erbeten.

Erfahrener
Optiker
der
Augen-Untersuchungen
zwecks Bestimmung der
Brillengläser sach-
gemäß vornehmen kann,
sofort gesucht.
Meldungen von 11 bis
12 Uhr vormittags.
Kaufhaus des Westens
— G. m. b. H. —
BERLIN W 50,
Tauentzienstr. 21-24.

Reisende
verlangt Zigarettenlager,
Bergmannstr. 1, 1 Kreppe.

Messing
Kupfer, Aluminium,
Blei und anderes Al-
metall, Eisen kauft zu
den höchsten Tagespreisen
Schlosserei Wiemann,
Stallschreiberstr. 55,
nur Hof im Keller,
Keln Laden.

Möbel
zum Höchstpreis direkt
an Privat. — Kleinst-
abnahme.
Schloß, 1888-18705 Stk.
Speise, 1710-18870 Stk.
Herrens, 1710-18870 Stk.
Wohn-, 875-8860 Stk.
Küchen, 545-2885 Stk.
Lieferung fets. Lagerung
kostenl. 10jähr. Garantie.
Möbel-Haus Rejeweke
Berlin, Bodstr. 60

Tüchtige
Buchhalterinnen
sofort gesucht.
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1-2.

Tüchtige
Kassiererinnen
sofort gesucht.
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Aufwärterinnen 125/19*
gatempfohlene, für Privat und Bureau,
tüchtige Wasch- und Reinemachefrauen.
Arbeitsnachweis d. Stadt Berlin, Abt. I, Hausangestellte
Belle-Alliance-Pl. 5, Mpl. 1469. Vermittl. kostenl. Geöffn. 8-7.

Bergarbeiterkonferenz.

Am Sonntag hielt der Bergarbeiterverband in Dortmund, Bochum und Mülheim stark besuchte Vertrauensmännerkonferenzen (Delegierten der Ortsgruppen) ab, in der sämtliche Bezirke von Hamm bis Duisburg-Mörs und von Hattingen bis Reddinghausen vertreten waren. Nach den Referaten der Vorstandsvertreter Dufemann in Bochum, Sue in Mülheim und Waldhacker in Dortmund und eingehender, durchweg vom kameradschaftlichen Geiste getragener Diskussion, in welcher von allen Rednern die Einstellung des Bruderkampfes innerhalb der Arbeiterbewegung mit starkem Nachdruck gefordert wurde, gelangte folgende, von der Verbandsleitung vorgeschlagene Entschliessung in allen drei Konferenzen zur einstimmigen Annahme:

Die rheinisch-westfälischen Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklären:

1. Die durch die Versailler Friedensbedingungen herbeigeführte Trennung volkswirtschaftlich hochbedeutender Landesteile von Deutschland hat dessen Wirtschaftsleben schon außerordentlich geschädigt. Eine weitere

Zerstückung und Zerstörung

Deutschlands würde den völligen Ruin seiner Volkswirtschaft herbeiführen und damit in erster Linie unsere Bergbau- und Hüttenindustrie treffen, die ein einheitliches deutsches Wirtschaftsgebiet zu ihrer Leistungsfähigkeit bedarf. Wir wenden uns daher mit aller Schärfe gegen die kurzfristigen egoistischen, partikularistischen und deutschfeindlichen Bestrebungen, die auf die Zerstückung des wirtschaftlich und politisch unerträglich elenden der Kleinstaaterei gerichtet sind.

2. Als Vertreter einer demokratisch aufgebauten Organisation sind wir naturgemäß Anhänger der Demokratie, daher Gegner jeder Art von Diktatur und Reberregierung. Aus diesem Grunde haben sich unsere Kameraden in allen Revieren gegen den militärischen Putsch der Kappisten, deren Ziel unzweifelhaft die Errichtung der Diktatur einer verhältnismäßig kleinen Minderheit war, erhoben. Wir können daher auch nicht übereinstimmen mit dem wahnwichtigen Versuch einer, wie die Tage nach dem 13. März gleichfalls gelehrt haben, auch nur kleinen Minderheit,

eine gewalttätige Diktatur von links

aufzurichten. Ueberdies haben die traurigen Ereignisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet klar und deutlich bewiesen, daß sich unter der Maske von „Kommunisten“ hier Elemente zu „proletarischen“ Diktatoren aufwarfen, die mit keiner politischen Partei verbunden waren, es nur auf verbrecherische Verreichung durch Erpressungen und Blaudierungen abgesehen hatten, Elemente, von denen man sogar behaupten darf, daß sie unter der Führung bewußt gegenrevolutionärer Agenten gestanden haben. Mit diesem verbrecherischen Treiben hat die organisierte Arbeiterschaft nicht das geringste zu tun. Wir warnen unsere Kameraden eindringlich vor jenen verdächtigen Elementen, die sich unter der Maske von „Revolutionären“ unter die Arbeiterschaft mischen und sie immer wieder zu wahnwichtigen Putschern auffordern.

3. Nur durch die, die Bevölkerung schwer bedrohenden Untaten jener undisciplinierteren, wahnwichtigen, oder bewußt gegenrevolutionären, höchst verdächtigen Elemente ist es zu der

militärischen Besetzung des Ruhrkohlengebietes

gekommen. Wir begrüßen die Erklärung der Reichsregierung, daß es sich nur um eine Polizeiaktion zur Sicherung der Bevölkerung und Werke handelt, daß in nichtbedrohte Bezirke kein Militär einrückt und es die beruhigten Orte verläßt, keine Standgerichte errichtet werden. Gegen das Vorgehen des französischen Militarismus im Raingau erheben wir auch wir scharfen Protest. Wir hoffen, daß recht bald die normalen Verhältnisse wiederkehren. Dazu ist aber auch die gerechte Durchführung des Vieselfelder und Münsterischen Abkommens seitens aller beherrschenden Vertreter erforderlich. Die aus ihrer Heimat Geflüchteten müssen ruhig zu ihren Familien und Arbeitsstätten zurückkehren können, dafür müssen die zivilen und militärischen Behörden alsbald Sorge tragen. Daß die gemeinen Verbrecher gegen Leben und Eigentum strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden müssen, ist selbstverständlich.

4. Von der Reichsregierung fordern wir nun alsbald Schritte zur

Sozialisierung des Bergbaues.

Das ist um so dringlicher geworden, weil, wie der Fall der Kohlegewerkschaft Hermann I-III lehrt, die größte Gefahr besteht, daß unsere Kohlenzüge aus kapitalistischen Gewinnabsichten dem ausländischen Kapital ausgeliefert werden. Wir schließen uns dem Votum der Arbeiter- und Angestelltenvertreter in der Arbeitskammer des Ruhrkohlengebietes (Sitzung vom 23. Februar 1920) für die Sozialisierung des Bergbaues an und erwarten von der Reichsregierung, daß sie nach diesem Beschluß handelt.

5. Die Verbandsmitglieder müssen noch mehr wie bisher zur Stärkung des Verbandes beitragen. Putschisten, gleichviel von rechts oder von links, suchen und finden gerade bei den Unorganisierten ihre Hilfstruppen. Alles muß deshalb getan werden, um die uns noch fernstehenden aufzuklären und dem Verbandszuge zuzuführen, denn dieser ist der beste Schutzwall gegen die Reaktion.

Dieses erfreulich unzweideutige Bekenntnis der Vertrauensleute der größten deutschen Bergarbeiterorganisation für die Demokratie, gegen die Diktatur von rechts und links, gegen die Zerstörung der Reichseinheit ist von großer inner- und außenpolitischer Bedeutung. Sicherlich steht ein erheblicher Teil der Bergmannsdelegierten parteipolitisch auf dem Boden der U. S. V. D. Die einstimmige Annahme der Vorstandsvollversammlung ist darum noch besonders beachtenswert. Die Reichsregierung wird die Forderung der Sozialisierung des Bergbaues zu verwirklichen haben.

Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet.

Münster i. Westf., 20. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Wahlen zu den Betriebsräten sind, trotzdem an einigen Orten die Gewerkschaften gegenüber den letzten Wahlen eine Stimmeneinbuße erfahren haben, im großen und ganzen zugunsten der gewerkschaftlichen Verbände ausgefallen. Die Wahlen zeigen, daß besonders der alte Bergarbeiterverband bei den Arbeitern einen starken Rückhalt hat. Ein Teil der Wahlen, besonders ein großer Teil derjenigen, die während der Zeit der Unruhen vorgenommen wurden, werden wahrscheinlich für ungültig erklärt werden müssen, da bei ihnen erhebliche Verstöße gegen die Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes vorgekommen sind. — (Sollten sich etwa so die Syndikalistensiege in Welfenkirchen erklären? Red.)

Der belgische Abstimmungsterror.

Protest der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung übernahm am Dienstag zunächst alle Anträge gegen die Freisprechung einem besonderen Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Anfragen.

Abg. Degler (Dnaff.) erhebt Einspruch gegen die Ernennung des praktischen Arztes Köblich zum Reichskommissar in Breslau.

Die Regierung läßt erklären, daß eine solche Ernennung verfassungsmäßig zulässig sei; wenn dabei auf die Zugehörigkeit des Dr. Köblich zur Demokratischen Partei hingewiesen wurde, so geschah das zur Verhütung der durch den Kapp-Putsch angeregten Bevölkerung. (Lachen rechts.) Inzwischen ist die Angelegenheit erledigt, da eine Regierungskommission ernannt und die Vollmacht für erledigt erklärt worden ist.

Auf eine andere Anfrage teilt Reichskommissar Stücken mit, daß der Rücktransport jedes einzelnen Gefangenen aus Sibirien 30 000 M. kosten würde. Ein Schiff mit Lebensmitteln für die Gefangenen in Rußland ist unterwegs. Der Rücktransport auch der letzten Gefangenen wird bis Herbst laufenden Jahres erwartet.

Abg. v. Graefe (Dnaff.) verlangt anlässlich der Erziehung des Patrouillenfürers Lt. Graf Kalnein ein entschiedenes Vorgehen gegen derartige französische Uebergriffe.

Die Regierung erwidert, daß sie in Paris eine Note überreicht hat, worin sie verlangt, daß die schuldigen französischen Soldaten alsbald zur Verantwortung gezogen werden, und daß ihr von der erfolgten Sühne Mitteilung gemacht wird.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen über

Die belgischen Uebergriffe

in den Kreisen Eupen und Malmedy. Die belgischen Behörden suchen systematisch und terroristisch das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen.

Abg. Dr. Meerfeld (Soz.) begründet die Interpellation: Im Friedensvertrag ist zwar nichts Genaueres über die Art der Abstimmung gesagt, aber Clemenceau hat ausdrücklich eine freie unbefristete Abstimmung zugesagt, zuletzt noch als Vorwörter im Ausschuss am 6. Juli 1919: „Die volle Freiheit der Abstimmung soll gesichert werden.“ Nach allen Redungen aus Eupen und Malmedy ist aber die Abstimmung, wie sie dort gehandhabt wird, nur eine heuchlerische Fosse.

Wesentliche Listen liegen aus, in die die Abstimmungsberechtigten sich eintragen müssen; diese Listen liegen aber lediglich in den beiden Städten Eupen und Malmedy, sodas der gesamten Landbevölkerung die Teilnahme an der Abstimmung geradezu unmöglich gemacht wird. Außerdem liegen die beiden Listen nur täglich von 2-4 Uhr nachmittags aus, so daß innerhalb der vorgeschriebenen 6 Monate bestenfalls ein Drittel der Stimmberechtigten sich eintragen könnte. Außerdem suchen

die belgischen Kommissare

jeden, der sich einträgt, in der unerhörtesten Weise zu beeinflussen. Sie arbeiten mit Drohungen und Nötigungen, um die Deutschstimmenden einzuschüchtern (Hört! hört!). Sagen, man werde ein Exempel statuieren und einige Deutschstimmende auf ein paar Tage einsperren. (Unerhört!) Noch schlimmer ist aber die wirtschaftliche Drangsalierung derjenigen, die den Mut haben, sich zum Deutschstum zu bekennen. Das beste Mittel ist hier die Benachteiligung bei der Umwechslung des deutschen Geldes in belgisches, sowie bei der Verweigerung von Vergünstigungen. Das belgisch ausdrücklich der Erlas der belgischen Befugungsbehörde vom 23. Februar 1920, der endet: „Ausgeschlossen diejenigen Personen, die die Listen gegen die Abtretung an Belgien unterzeichnet haben.“ (Hört! hört!) Dabei haben die beiden Kreise eine sehr rein deutsche Bevölkerung. Der belgische Annexionsdünkel streckt aber seine Hände nach dem ganz rein deutschen Kreise Ronchou aus, nur weil die Bahn Raltherberg-Taberau den Belgiern sehr gelegen kommt. Wegen all diese Vergewaltigungen müssen wir von dieser Stelle aus kammenden Protest erheben und

das Gewissen der Menschheit anrufen.

(Sehr richtig!) Die gequälte Bevölkerung sieht die Abgeordneten der Nationalversammlung an, zu helfen, und ist jetzt spontan in einen allgemeinen Generalstreik getreten, Arbeiter, Bürger und Beamten halten zusammen, um unerschrockene freie Abstimmung zu erzwingen. Ein christlicher Gewerkschaftssekretär wurde verhaftet und nach Belgien verschleppt (Hört! hört!) und ein Demonstrationszug mit blanker Waffe auseinandergetrieben. (Unerhört!) Wir danken den treuen Bewohnern der gefährdeten Kreise, versprechen ihnen die volle Unterstützung des ganzen deutschen Volkes und verlangen von der Regierung, daß sie niemals diese

schamlose Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes

zuläßt, sondern das Gewissen der Welt anruft und im Namen der Gerechtigkeit von Belgien die Einhaltung des Selbstbestimmungsrechtes durchsetzt. (Redhafter Bravo!)

Reichsminister des Innern Dr. Köster:

Ich habe ein Jahr lang mitten in den schweren Kämpfen, die unseren Brüdern in den Grenzländern durch den Friedensvertrag aufgezwungen worden sind, gestanden, und solange ich politisch denken kann, habe ich als Sozialdemokrat immer an den großen Wert der Selbstbestimmung geglaubt. Gerade darum bekenne ich hier, daß das deutsche Volk und besonders das Volk an unseren Grenzen, die uns durch den Friedensvertrag aufgezwungenen Abstimmungen und ihre Resultate niemals als rein nationale Entscheidungen anerkennen kann (Sehr richtig!), auch deshalb nicht, weil sie alle stattfinden in einer Zeit, in der unser Land wirtschaftlich und seelisch gebrochen am Boden liegt, weil sie nicht stattfinden zwischen Nation und Nation, sondern zwischen einem geschlagenen und einem siegreichen Lande, zwischen hohen Steuern und niedrigen, zwischen Hunger und Satiété. Die ökonomische Fragestellung bringt in allen Grenzländern tausende um ihre Existenz bangende Männer und Frauen in die tragischsten Personkonflikte, weil die einfache Frage des Herzens, ob Deutsch oder Dänisch, Belgisch oder Polnisch, durch die Zeit der Abstimmung und durch die Bestimmungen des Friedensvertrages in ein rein ökonomisches Rausch

verzerrt und umgestaltet

wird. (Sehr wahr!) Am schlimmsten liegen die Dinge in Eupen und Malmedy. Zum Protest gegen die nationale Vergewaltigung ist die Bevölkerung dort am 14. April in den Generalstreik getreten. Die Belgier haben neue Maschinengewehrabteilungen in den Kreis geworfen, die Lage ist äußerst ernst und beunruhigt auch in hohem Maße die anliegenden Gebiete, besonders Aachen. In Belgien hat bis zum Waffenstillstand auch kein Mensch an die Annexion dieser rein deutschen Gebiete gedacht, nur der Militarismus im Verein mit einer Handvoll Großkapitalisten und Kriegsgewinnler hat diesen Plan in die Welt gesetzt. Die Stimmung der Bevölkerung einschließlich der Wallonen Malmedys ist aber rein deutsch. Bei einer Umfrage stimmten auf dem Bande 7000, in der Stadt 12 000 für Deutschland, nur 400 für Belgien, und dies allein im Kreise Malmedy. Die im Friedensvertrag dorgelegene Abstimmung ist so eigenartig, daß sie den Namen eigentlich nicht verdient. Erst nach dem Souveränitätsübergang ist der Bevölkerung eine Protestkundgebung gegen den neuen Herrn gestattet. Der Artikel 84 des Friedensvertrages öffnet

der Willkür Tür und Tor.

Wir fordern dagegen Garantie für eine unbefristete Abstimmung. Der belgische Oberkommissar äußerte sich, aus der Bevölkerung von Eupen und Malmedy wolle er ein diszipliniertes und arbeitssames Volk machen. (Hört, hört.)

Der belgische Kreiskommissar hat öffentlich erklärt, er werde den ersten, der zur Abstimmung komme, die Treppe hinunterwerfen.

Die anderen Versprechungen der Alliierten sind nicht erfüllt worden. Versprochen hatten keinen Erfolg. Unsere Woten wurden nicht beantwortet. Auch an den Völkerbund sind die Anklagen gerichtet worden. Die Regierung wird die Vorgänge in Eupen und Malmedy stets mit größter Kameradschaft verfolgen und sich ihrer Pflichten bewußt bleiben. Im Kreise Ronchou lebt nur eine einzige waffensiche Familie mit sieben Köpfen. Die Grenzfestsetzungskommission hat Belgien die Bahnlinie mit einem Drittel des Kreises zugesprochen. Damit hat die Kommission ihre Befugnisse überschritten. Die Reichsregierung wird alles tun, um eine gerechte Abstimmung herbeizuführen. Sie wird mit allen Mitteln für eine Änderung des Beschlusses der Kommission eintreten und für Verluste, die den Bewohnern von Eupen und Malmedy im Verfolg der Abstimmung zugefügt werden, aufkommen. Der Völkerbund kann nur entscheiden, daß die beiden Kreise zu Deutschland gehören. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Fehrenbach stellt fest, daß die gewaltige Mehrheit des Hauses hinter diesen Erklärung steht. (Lebhafter Beifall.)

Die Interpellation über den Durcugangsverleß nach dem Osten wird auf Mittwoch vertagt.

Es folgt der Gesetzentwurf über den

Schutz der Parlamentsgebäude.

Danach dürfen innerhalb des befriedeten Vorkreises dieser Gebäude Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht stattfinden.

Abg. Roenen (U. Soz.): Das vorliegende Gesetz schränkt die Freiheit ein, die die Verfassung dem Volke bringen sollte. Wir stimmen gegen dieses Gesetz, mit dem Regierung und Parlament sich gegen Arbeiterdemonstrationen schützen wollen. Diese Nationalversammlung ist doch auch nur das Produkt einer Massenaktion, und solche Massenaktionen geben über solche Papiere hinweg. Ein solches Verbot, daß der Reichstag ein besonders heiliges Gebiet ist, hat selbst Preußen-Deutschland nicht gekannt. Das blieb dem revolutionären sozialistisch-republikanischen Deutschland überlassen. Das ganze Gesetz müßte den Namen führen

„Der Lüttwieg“

denn er und seine Hintermänner wollten den 13. Januar, und für ihn und die Leute seines Schlags ist dieses Gesetz aus der Seele gesprochen. Gibt es ihnen, wie sie hoffen, doch noch recht oft Gelegenheit, wirksam mit ihren Reichstagsgewaltigen das Parlament und das Vaterland retten zu können. (Sehr richtig!) bei den U. Soz. Lachen bei der Mehrheit.) Nicht die organisierte Arbeiterschaft, sondern die Lüttwieg- und Regierungsgelugel tragen Schuld an jenen Vorgängen, denn sie brauchen solche Momente ja um ihre Notwendigkeit zu beweisen. Dies Gesetz ist eine able Erbschaft aus der unseligen Zeit, als Lüttwieg und Kossel, Feine und Ernst am Ruder waren. Reaktionäre Kundgebungen durften ruhig stattfinden, wie es so deutlich die Vorgänge beim Untersuchungs-ausschuss bewiesen, der sich nicht mehr zu Tage getraute, weil jene Herren sich außerstande erklärten, die Garantie für seinen Schutz gegenüber den reaktionären Schreibern zu übernehmen. Wir lehnen dieses Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, gegen die Proletarier ab. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Bunt: Es ist nicht antisozialdemokratisch, sondern die Vollendung der Demokratie, daß die Vertreter des Volkes bei ihren Beratungen und Beschlüssen gegen jeden äußeren Druck mit allen Nachmitteln des Staates geschützt werden. (Unruhe und Widerspruch bei den U. Soz.) Die Demokratie muß stark und entschlossen sein, mit den Mißbräuchen aller Art von Beeinflussung aufzuräumen.

Abg. Kräger (Soz.): Das Volk hat ein Recht darauf, daß seine Vertreter ungehindert arbeiten können.

Auch beim revolutionären Rätelongreß

erregte es allgemeinen Unwillen, daß anabender Deputationen einbrangen. So kann man nicht verhandeln, daß einfach jeder mitspielt, denken Sie an manche Groß-Berliner Stadtverordneten-berausammlungen und die dortigen Lärmjansen! Und selbst, wenn man annimmt, daß die Vorgänge vom 13. Januar durch Proklamierung hervorgerufen worden wären, dann tragen die Freunde Roenens daran Schuld, daß sie

den Boden für die Provokateure vorbereiten

haben und nicht durch entsprechende, vertrauenswürdige Führer diese Vorgänge unmöglich gemacht haben (Sehr richtig!). Wir wollen ja gerade, daß solche Provokationen und Geberien und besonders, wenn es Spitzel sind, wie Herr Roenen meint, kein Betätigungsfeld finden, und darum können wir dieses Gesetz nicht im geringsten ein arbeitserfeindliches, undemokratisches Ausnahmegesetz nennen, sondern ein Gegenteil ein Gesetz zum Schutze der Demokratie. (Beifall.)

Das Gesetz wird darauf in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung eines Gesetzes zur

Verlängerung von Patenten

und Gebrauchsmustern. Wenn ein Patent oder Gebrauchsmuster während des Krieges nicht in einer seiner wirtschaftlichen und technischen Bedeutung entsprechenden Weise hat ausgenutzt werden können, so kann seine gesetzliche Dauer verlängert werden.

Die Vorlage wird nach zustimmenden Erklärungen der Abgeordneten Durlage (B.), Betschhofen (Dem.) und Rießer (D. Vp.) angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann das Gesetz über die

Erhöhung der Postgebühren.

Verbunden damit wird auch die Vorlage über das Bayerische Postregal.

Reichsjustizminister Sieberts empfiehlt die Vorlage. Die Verteuerung des Verkehrs ist sehr beklagenswert, da sie den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens erschwert, aber angesichts der Steigerung aller Preise, der schlechten Valuta und des Jahresdefizits von 1344 Millionen Mark notwendig. Die jetzige Vorlage soll 1 1/2 Milliarden einbringen. Neben der Sparlichkeit im Betrieb muß eine größere Arbeitsleistung und erhöhte Arbeitskraft eintreten. Jede Einnahmequelle muß ausgenutzt werden. Ueberflüssige Arbeitskräfte müssen trotz der Bitterkeit dieser Maßnahme entlassen werden. Das in der Vorlage veranschlagte Defizit von 833 Millionen Mark wird sich trotz der neuen Tarife auf 1,4 Milliarden Mark erhöhen. Besonders im Fernsprech- und Telegraphenverkehr sind die Materialpreise außerordentlich gestiegen. Das der Postverwaltung zu gewährenden Darlehen der Telephoniebetreiber ist notwendig, sonst müßte eine noch weitere Erhöhung der Gebühren erfolgen. Die Vorlage ist ein Zeichen der schweren Not, aber sie muß getragen werden.

Darauf werden die Vorlagen dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Mittwoch 1 Uhr: Interpellation über den Durcugangsverleß nach Dänemark, Patentgesetz, Vermögenssteuer, Reichsausgleichsgesetz.

Schluß nach 5 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

188. Sitzung. Dienstag, den 20. April 1920, nachmittags 2 Uhr.

Präsident Lohmann eröffnet die Sitzung mit einer scharfen Erklärung gegen die Behinderung der Abgeordneten in Oberschlesien durch die Interalliierte Kommission in der Ausübung ihrer Mandate. Diese Verletzung des Friedensvertrages wie auch des Selbstbestimmungsrechts muß den schärfsten Protest hervorrufen. (Lebhafte Zustimmung.) In scharfer Weise greift die Entente auch in Eupen-Malmédy in das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung ein. Die zwangweise Einführung der Frankenwährung bedeutet besonders für die Arbeiterklasse eine katastrophale wirtschaftliche Schädigung, ebenso die Wegnahme der wichtigen Eisenbahnlinie. Der infolge dieser Zustände ausgebrochene Generalstreik ist eine gewaltige Kundgebung im deutschen Sinne. Dafür spricht die Landesversammlung der deutschen Bevölkerung ihre Sympathie aus und verlangt die sofortige Freilassung der infolge des Streiks Verhafteten. Wohl erworbene deutsche Rechte und deutscher Boden dürfen uns nicht geraubt werden. Was deutsch ist, soll deutsch bleiben. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

Ueber die Fortführung des Mittellandkanals soll dem Hause baldmöglichst eine Vorlage zugehen. Der Antrag für die Veränderungen in Hamburg wird vorläufig aus preussischen Staatsmitteln bestritten, bis die Angelegenheit durch die Reichsregierung erledigt ist. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Verzeihung der Eisenbahnen. — Schluß 4 Uhr.

Thüringen und Coburg. Vereinigung von Kleinstaaten.

Der Reichsrat hat am Dienstag die Gesetzentwürfe über das Land Thüringen und über die Vereinigung Coburgs mit Bayern angenommen. Das Land Thüringen wird preussische Bestandteile nicht umfassen. Sieben bisherige Kleinstaaten, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Weiningen, Reuß, Altenburg, Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen werden in Zukunft den Staat Thüringen bilden, der 1.684.824 Einwohner zählt. Im Reichsrat wird dieser Staat durch zwei Stimmen vertreten sein, während bisher jeder Kleinstaat eine besondere Stimme hatte. Dadurch verkleinert sich auch die Zahl der preussischen Stimmen im Reichsrat, die nach der Verfassung nur drei Fünftel betragen dürfen. Das Gesetz über Thüringen wird voraussichtlich schon am 1. Mai in Kraft treten. Für die Angliederung Coburgs an Bayern sind noch gewisse Verhandlungen erforderlich.

Die Wahlkreiseinteilung.

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung nahm die Einteilung der Wahlkreise und der Wahlkreisverbände im Reichstagswahlgesetz vor. Unter anderem wurde die von einer Anzahl von bayerischen Abgeordneten verlangte Zusammenfassung ganz Bayerns zu einem Wahlkreisverband abgelehnt. Es bleibt bei zwei Verbänden. — Weiterhin wurde zur Frage der Reichsbeiträge für die Stimmzettel ein von allen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen unterstützter Antrag Waldstein (Dem.) angenommen, wonach das Reich an die Vertrauensmänner der Kreiswahlvorschläge einen Betrag zahlt, der nach der amtlich festgestellten Zahl der auf den Vorschlag entfallenden gültigen Stimmen bemessen wird. Die Reichsregierung bestimmt im Einvernehmen mit Reichsrat und Reichstag nach jeder Wahl die Höhe des Einzelbetrages. Die Wahlordnung bestimmt, durch welche Maßnahmen die Beschaffung und insbesondere die Beförderung der Stimmzettel erleichtert wird. Die Deutschnationalen stimmten gegen den Antrag.

Zu dem Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten, der vom Ausschuss angenommen wurde, entstand noch eine längere Debatte über die Frage, wie es mit der Wahl in den Abstimmungsgebieten bestellt sein werde. Schließlich wurde auf Antrag des Reichspräsidenten die Bestimmung angenommen, daß der Wahltermin dem neuen Reichstage zu überlassen sei.

Der Gesetzentwurf über den Volksentscheid und die Vorlage über den Staatsgerichtshof sollen nach übereinstimmender Auffassung des Ausschusses dem neuen Reichstag zur Entscheidung vorbehalten bleiben.

Gewerkschaftsbewegung

An die werktätige Bevölkerung Berlins.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Der verbrecherisch Anschlag der Rapp-Lüttich und Konforzen vom 18. März hat in vielen Teilen des Reiches eine Reihe von Opfern gefordert, deren Angehörige zu unterstützen — unbeschadet der Verpflichtung des Reiches — die ertöndfällige Bevölkerung als Selbstverständlichkeit ansehen muß. Noch ist die Zahl der Opfer nicht zu übersehen, aber schon müssen wir feststellen, daß die Not in den Kreisen derjenigen

die durch den Mißbrauch ihres Ernährers und ihrer Existenz bebraut sind, täglich wächst.

Schnelle Hilfe tut not!

Darum wenden sich die unterzeichneten Organisationen an die gesamte werktätige Bevölkerung mit der Aufforderung zur schnellsten Sammlung von Geldern für die unglücklichen Opfer.

Zeigt abermals Euren oft bewährten Opfermut. Ebenso einmütig, wie wir bereit waren, die Reaktion niederzuringen, wollen wir auch in unserem Eintreten für die bedauerndwertigen Opfer sein.

Gebe jeder nach seinen Kräften! Schnelle Hilfe, doppelte Hilfe!

Sammelstellen sind bei den den unterzeichneten Körperschaften angeschlossenen Gewerkschaften erhältlich, sowie bei dem Vorsteher der Kommission, Adolf Daer, Berlin SO., Rantkeuffelstr. 72, an den auch sämtliche Geldsendungen zu richten sind.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend: gez. Ruch. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), Ortsgruppe Berlin: gez. Körpel.

Soziale Kommission der Groß-Berliner Ortsvereine des Verbandes der deutschen Gewerkschaften (S. D.): gez. S. Kofittke. Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes: gez. Meyer.

Der Kampf um die Macht bei den Buchdruckern.

Man schreibt uns: Der Verband der Deutschen Buchdrucker ist die Gewerkschaft, die schon vor dem Kriege den größten Prozenttag der Berufsangehörigen in ihren Reihen vereinigt hatte und daher nach der Revolution nicht den schweren Erschütterungen ausgesetzt war, die die übrigen Gewerkschaften zu erdulden hatten. Aber schließlich ließ der Ruhm der Rätebildung in den übrigen Gewerkschaften auch einige unruhige Buchdrucker nicht schlafen, und sie mühten sich, unter der Parole „Rätebildung und Industrieverband“ Vorarbeiten zu ernen. Der Kampf gegen die auch im Buchdruckergewerbe sehr hartnäckige Unternehmlichkeit wurde unter steter Anpassung der Kampfweise an die Zeitverhältnisse ohne Rücksicht auf den Kampf um die Macht und war mindestens ebenso erfolgreich, wie die in Szene gesetzten Kämpfe der „revolutionären“ Gewerkschaften anderer Berufe, die schließlich nach längerem Streit doch die Verständigung mit dem Arbeitgeber auf dem Verhandlungswege suchen mußten.

Als die Opposition im Buchdruckerverband diese Entwicklung sah, nahm sie schließlich Zuflucht zu den Methoden, die im Arbeiterkampf der politischen Arbeiterparteien einen traurigen Ruhm erworben hatten. Wüstes Geschimpfe auf die Vorgesetzten, persönliche Verunglimpfung der Andersdenkenden, Niederbrüllen der Gegner in den Versammlungen sind traurige Denkmäler auf diesem Wege.

Die Generalversammlung, die in Kürze in Nürnberg stattfindet, wird ihre Hauptaufgabe darin zu sehen haben, dieser Entwicklung Einhalt zu tun durch klare und unzweideutige Stellungnahme zu der Streitfrage: „Räteherrschaft oder Tarifgemeinschaft“. Mit dieser Frage beschäftigte sich auch eine Versammlung der Berliner Buchdrucker, die am Montag, den 19. April, im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagte. Trag des strömenden Regens waren die Kollegen vollständig erschienen, um die Ausführungen von Grahmans zu dieser Frage zu hören. In einstündigen Ausführungen entwickelte der Referent die volkswirtschaftlichen Grundlagen, auf denen wir aufzubauen haben, um uns vor Rückschlägen zu bewahren und die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu erhalten und zu stärken. Er verworf das „revolutionäre Räteherrschaft“, weil es nur ein Schlagwort sei, unter dem sich niemand etwas vorstellen könne, und entschied sich für positive Gewerkschaftsarbeit. Die Ausführungen des Oppositionsredners warbnecht waren nur geeignet, die Richtigkeit des Grahmanschen Referats zu unterstreichen. Er führte einen geradezu ungläublichen Eieranz auf und suchte alles das abzuschwören, was er noch vor ganz kurzer Zeit gepredigt hatte.

Kollegen, jetzt liegt bei Euch die Entscheidung! Sendet die Vertreter zur Generalversammlung, die Euch die Gewähr bieten, daß sie nicht fruchtlosen Experimenten das Wort reden, sondern zu positivem Handeln schreiten.

Die Generalversammlung des Vereins hat am Mittwoch, den 14. April, 42 Kollegen vorgeschlagen, die geschlossen diesen Standpunkt einnehmen; wir empfehlen Euch aber, um jedwedeerspaltung unserer Stimmen zu vermeiden, nachfolgenden 25 Kollegen Eure Stimme zu geben:

- | | |
|------------------------|---------------------|
| 36 Raffini, Albert | 42 Siebler, Adolf |
| 22 Albrecht, Rudolf | 43 Rimmer, Reinhold |
| 40 Ebel, Max | 44 Stoll, Emil |
| 34 Schleifler, Hermann | 49 Krüger, Karl |
| 4 Kränkel, Albert | 54 Böling, Max |
| 8 Gröning, Adolf | 57 Stern, Richard |
| 15 Hebe, Adolf | 59 Lenz, Richard |
| 23 Hof, Gustav | 64 Jirmer, Georg |
| 28 Grams, Artur | 67 Bödic, Georg |
| 32 Karau, Ernst | 68 Schneider, Ernst |
| 33 Voigt, Theodor | 72 Klein, Wilhelm |
| 37 Barth, Richard | 75 Störmer, Karl |
| 39 Eström, Alfred | |

Diese 25 Namen sind auf dem offiziellen Stimmzettel stehen zu lassen, alle anderen Namen aber zu streichen, damit die Stimmzettel Giltigkeit erhalten.

Die hier nicht besonders empfohlenen 17 Kollegen haben nach näherer Rücksprache im Interesse unserer Sache ihr Einverständnis mit dem Zurücktreten von der Kandidatur erklärt.

Materialausgabe findet bis zum Freitag, 23. April, täglich im Restaurant Pfefferberg, Kochstr. 84 (neben Scharl) in der Zeit von 5-7 Uhr nachmittags statt. Jeder Betrieb muß zur Stelle sein.

Der Streik im Gastwirtsgerwerbe.

In fünf Versammlungen berichteten am Dienstag vormittag die Vertreter des Kartells der im Gastwirtsgerwerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen über die Verhandlungen, die Montagabend im Hotel Eplanade stattgefunden haben. Aus den Ausführungen der Redner war zu entnehmen, daß die Arbeitgeber die Bezahlung jeder Beschaffungsbeihilfe verweigerten, auch wenn deren Höhe von Fall zu Fall durch eine paritätisch zusammengestellte Kommission bestimmt werden sollte. Die Generalstreiktage sollen nur bezahlt werden, wenn das durch einen Beschluß der Nationalversammlung bestimmt wird. Betreffs der Teuerungszulage seien die Arbeitgeber geneigt, die Forderungen für die großen Hotels, Kurzgeschäfte und Weinläden zu bewilligen, bei Bierwirtschaften aber sei ihr letztes, als Ultimatum bezeichnetes Angebot nicht über 40 M. im Höchstfalle (für die ohne Kost und Wohnung Angestellten) hinausgegangen, während die Gehilfenschaft 45 M. forderte. Die Versammlungen beschlossen, der wirtschaftlichen Notlage der Angestellten wegen auf ihren Forderungen zu beharren und den Streik fortzusetzen.

Lohnbewegung unter den Angestellten der Gold- und Silberwaren-Detailgeschäfte. Der Zentralverband der Angestellten hat eine große Anzahl Groß-Berliner Firmen aus den Juwelen-, Uhren-, Gold- und Silberwaren-Detailgeschäften vor den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zur Anerkennung des Tarifvertrages laden lassen. Alle Angestellten, die von den zu diesem Zwecke stattgefundenen Versammlungen keine Kenntnis hatten, werden ersucht, sich unverzüglich an die Fachgruppe 18 d des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin, Belle-Alliance-Str. 7/10, zu wenden.

Buchbinderverband! Vertrauensleute in den Buchbinderereien, Buchdruckerereien und Geschichtsbuchbinderen! Freitag, den 23. April 1920, nachmittags 1/2 5 Uhr, im „Alexandiner“, Alexandrinerstr. 37a: Vertrauensmännerversammlung. Tagesordnung: Bericht über das neue Lohnabkommen. Das Erscheinen aller Vertrauensleute ist unbedingt Pflicht! Die Branchenleitung.

Damenstrickarbeiter und -arbeiterinnen. Am Freitag abend 5 Uhr: Versammlung, Gewerkschaftshaus, Saal 1.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Donnerstag, den 22. April 1920. Fachgruppe 1a (Angestellte der Reichs- und Staatsbehörden): Abends 7 Uhr, „Neue Philharmonie“, Lopenider Straße 96-97 (Bericht über Reichstagsverhandlungen). — Fachgruppe 4 (Sektion der Berufsangehörigen): Abends 6 Uhr, „Länderhaus“, Lopenider Straße 35 (Stellungnahme zur Erhöhung der Gehaltszuschläge). — Sektion der Krankenkassenangehörigen: Nachmittags 4 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelsufer 15. — Fachgruppe 11 (Angestellte der Holzrahmenfabrikation). Dessenfalls Versammlung abends 6 Uhr, im „Alexandiner“, Alexandrinerstr. 37a (Unsere Forderungen und das Verhalten der Arbeitgeber). — Jugentliche Betriebsvertrauensleute: Versammlung abends 7 Uhr, im „Verbandsbureau“, Belle-Alliance-Straße 7-10.

Wirtschaft

Organisierte Leimbewirtschaftung. Der Reichsrat nahm eine Verordnung an über Kollektivverträge und Bildung von berufsständigen Beiräten auf dem Gebiete der Leimbewirtschaft. Danach wird die Zwangswirtschaft beseitigt. Die Produzenten aber werden zu Kollektivverträgen verpflichtet. Zum ersten Male werden auch für Außenleiter, die den Organisationen nicht beigetreten sind, die Verträge verbindlich gemacht, und zwar durch Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts.

Freidopolstil in Amerika. Wir entnehmen einer Neutermeldung aus New York: „In der Jahresversammlung des Stahltrustes sagte der Vorsitzende Gary, der Stahltrust halte die Preise niedrig, um nach Möglichkeit die Teuerung der Gegenstände des täglichen Bedarfs einzudämmen.“ Wir empfehlen dem Eisenwirtschaftsbund, der in diesen Tagen das Licht der Welt erblickte, dieses Wort zur Beherzigung. Die bisherige Praxis der Eisenindustriellen schlägt dieser lapidaren Forderung ins Gesicht.

Verano. für den redaktion. Teil: Kurt Jäger, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin. Lindenstr. 3. Circus 1. Beilage.

Das bekannte Grammophon-Gesicht G. Fried, Friedenstr. 235, Nähe Markthalle, gibt kostenlos für eine gebrauchte oder abgegriffene Schallplatte eine neue Schallplatte für 2 eine gebrauchte Schallplatte für 4 eine neue Schallplatte für 5 ein Plattenalbum (25 cm) für 10 eine neue Schallplatte für 20 einen gebrauchten Lichterapparat

Ein Stein vom -

FÄLLT JEDER HAUSFRAU WENN SIE UNSERE PREISWERTEN ANGEBOTE

Weißer Bohnen Pfd. 3.⁹⁰

OTTO REICHELT

Frische Eier Stk. 1.⁴⁵

Braune " " 3.⁹⁰

Ernst Ladewig

Frisch gebr. Kaffee Pfd. 28

Acker " " 2.⁹⁰

J. F. Assmann

Getreidekaffee " 3.⁹⁵

Gelbe Erbsen " 4.⁷⁵

Butterh. Union

Feinster holl. Kakao " 30

Grüne " " 3.⁹⁰

Loreley

Kakao m. Zucker " 24

Kapuziner " " 2.⁹⁰

Feinster echter Tee " 28

